

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 28.

Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementspreis 1,50 Mk. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbekerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,

Sonnabend, 10. Juli 1909.

Anzeigen kosten die 4 gespaltene Zeile
oder deren Raum 40 Pfg. (der Betrag ist
stets vorher einzufenden.)
Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile.

23. Jahrg.

Kollegen!

Seid Euch stets bewußt, daß unsere wichtigste Aufgabe die Festigung und Stärkung unseres Verbandes ist. Darum agitiert, organisiert mit allen Kräften, klärt die indifferenten und noch wankelmütigen Kollegen auf, daß es die höchste und wichtigste Pflicht eines jeden Kollegen ist, sich der Organisation anzuschließen! Laßt die jetzige günstige Zeit nicht ungenutzt vorübergehen!

Das neue Statut

unseres Verbandes ist am 1. Juli gemäß den Beschlüssen der Köhler Generalversammlung in Kraft getreten. Die in den §§ 3, 5, 11, 17, 19 und den Bestimmungen über: Streifreglement, Agitation in den Filialen, Unterstützung bei Maßregelung, Rechtschutz und Krankengeldzuschuß vorgenommenen Änderungen oder neuen Zusätze sind im allgemeinen nicht von erheblicher Bedeutung, da sowohl zur Beitragsfrage, als auch zu den Unterstützungsfragen keine Änderungen gegenüber dem bisherigen Statut vorgenommen worden sind. Nur für Einzelmitglieder wurde der Sommerbeitrag auf 60 Pfg. pro Woche festgesetzt. Dagegen ist der neue Abschnitt, der im Statut Aufnahme gefunden hat, allgemein für sämtliche Mitglieder von besonderer Wichtigkeit und weittragender Bedeutung: Das Regulativ zur Arbeitslosenunterstützung.

Seit Jahren steht die Frage, ob die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserm Berufe zu ermöglichen ist, im Vordergrund der Interessen vieler Mitglieder. Nur wenige Stimmen wurden laut, die im Prinzip die Einführung dieses Unterstützungsweiges ablehnten, wie es auch nicht an allen möglichen Vorschlägen und Entwürfen aus den Reihen unserer Mitglieder fehlte, seitdem die Erwähnung dieser Frage in unserer Organisation lebhaft in Erscheinung trat. In einem praktischen Ergebnis sind wir aber trotzdem nicht gekommen, da die den Kollegen vom Vorstand und Ausschuß unterbreiteten Entwürfe in den Jahren 1903 und 1906 durch Abstimmung abgelehnt wurden. Daß damit aber die für die Organisation so überaus tief einschneidende Frage dennoch nicht endgültig erledigt war, geht daraus hervor, daß man immer wieder von neuem in Versammlungen und im A.-M. die Frage aufwarf und besprach und entsprechende Anträge an die beiden letzten Generalversammlungen einreichte. Auch der Vorstand, der die Schwierigkeit der Lösung dieses Problems für unsern Beruf oft genug betont hatte, war sich bewußt, daß trotz alledem eine Lösung in irgend einer Form versucht werden mußte, und legte der Köhler Generalversammlung eine Resolution vor, die zur Annahme gelangte. Hierdurch wurden Vorstand und Ausschuß beauftragt, zum nächsten Verbandstage nochmals eine Vorlage über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung anzuarbeiten, über die die Delegierten dann endgültig zu entscheiden haben. Um aber bis dahin eine zuverlässige rechnerische Grundlage zu erlangen, beschloß die Generalversammlung, es den Mitgliedern freizustellen, sich ein Anrecht auf eine Arbeitslosenunterstützung durch freiwillige Versicherung zu erwerben.

Durch den Beschluß der Köhler Generalversammlung, die fakultative Arbeitslosenunterstützung bis zum nächsten Verbandstag einzuführen, um auf diese Weise eine auf praktischer Erfahrung beruhende sichere Grundlage zu erlangen, durch die es ermöglicht werden kann, die Frage dann definitiv für unsere Organisation zu erledigen, ist nun der erste Schritt zur Verwirklichung dieses lang erstrebten Zieles gemacht worden.

Das Regulativ zur Arbeitslosenunterstützung, in dem über die Bezugsberechtigung, Kontrolle und Auszahlung der Unterstützung usw. ausführliche Bestimmungen niedergelegt sind, gibt in den beiden ersten Paragraphen Aufschluß über den Anspruch auf Unterstützung, wenn im Jahre 1909 volle 52 Wochenbeiträge und 14 Extramarken à 50 Pfg. und bis zum 1. November 1910 95 Wochenbeiträge und 28 Extramarken entrichtet sind. Nach § 3 müssen in diesem Jahre die Extramarken bis spätestens zum 30. Oktober und im nächsten Jahre, 1910, bis zum 30. September entrichtet sein. Mitglieder, die bis zu diesen Terminen die Extramarken nicht bezahlt haben, gehen jeglichen Anrechts auf die Arbeitslosenunterstützung verlustig. Wenn auch die Entnahme der Extramarken im laufenden Jahre nicht in 14 aufeinander folgenden Wochen zu geschehen hat, so möchten wir aber den Kollegen doch

bringend empfehlen, die Marken möglichst frühzeitig in den paar Sommermonaten zu kaufen und nicht bis zum letzten Herbstmonat zu warten. Es liegt dies im eigenen Interesse der sich versichernden Kollegen selbst, dazu kommt, daß die Abrechnung der Versicherungspunkte an die Hauptkasse eingereicht werden muß.

Nach § 4 können Mitglieder, die erst im Laufe dieses Jahres dem Verband beigetreten oder noch beitreten und somit bei der ersten Unterstützungsperiode nicht voll bezugsberechtigt sind, ihre ev. geleisteten Extramarken für die zweite Periode in Rechnung bringen. Ebenso erfolgt die Anrechnung der geleisteten Extramarken bei denjenigen Mitgliedern, die infolge Krankheit, Militärdienst usw. verhindert waren, die 14 Extramarken zu entrichten, wenn dies der Filialverwaltung und durch diese der Hauptkasse vor dem 30. Oktober d. J. gemeldet wird. § 5 bestimmt, daß Mitgliedern, die die festgesetzte Zahl der Extramarken entnommen haben, aber in den vorgesehenen Terminen keine Unterstützung beziehen, bei der durch die nächste Generalversammlung zu beschließenden Erwerbslosenunterstützung der geleistete Betrag in Anrechnung gebracht oder auf die regelmäßigen Verbandsbeiträge verrechnet werden soll. Aus den übrigen Paragraphen, die hauptsächlich verwaltungstechnischer Natur sind, heben wir noch hervor, daß für die Auszahlung der Unterstützung die Zeit vorgegeben ist: 1. vom ersten Montag im Januar bis zum letzten Sonnabend im März 1910; 2. vom ersten Montag im November 1910 bis zum letzten Sonnabend im März 1911.

Mit diesem Hinweis auf das Regulativ für die Arbeitslosenunterstützung wollen wir erneut die Aufmerksamkeit unserer Mitglieder auf diese so bedeutungsvolle Materie lenken. Denn von dem Ergebnis der fakultativen Einrichtung der Arbeitslosenunterstützung, wobei die Beteiligung der Kollegen, die Entnahme der Extramarken, die notwendig werdende Unterstützung usw. von ausschlaggebender Bedeutung sein werden, wird es zweifelsohne abhängen, ob die definitive Einführung vollzogen werden kann im Interesse unserer Mitglieder, als ein neues Mittel zur Stärkung und Festigung des Verbandes im weiteren Verfolg seiner Aufgaben.

Eine unbequeme Wissenschaft.

Der berühmte Gelehrte Max Weber hat eine Reihe Untersuchungen angestellt über die Psychophysik der industriellen Arbeiter, d. h. er hat sich bemüht, einen Einblick zu gewinnen in die Vorgänge, die sich psychisch und physisch (seelisch und körperlich) während der Berufstätigkeit des industriellen Arbeiters abspielen. Besonders hat ihn das Problem der Ermüdung beschäftigt, wobei nicht nur die Frage der Arbeitsdauer, sondern auch die der Arbeitsintensität eine Rolle spielt. Bei diesen wissenschaftlichen Untersuchungen kommt er zu Ergebnissen, die den Scharfmachern nicht gefallen. Deshalb wendet sich die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ — wenn auch vorsichtig, gleichsam warnend — gegen die Weber'sche Wissenschaft, indem sie schreibt: „Selbst ein so vorsichtiger und objektiver Forscher wie Weber, bei dem jede absichtliche Parteinahme selbstverständlich ganz ausgeschlossen ist, hat sich gewissen, namentlich in der Gelehrtenwelt grassierenden Strömungen nicht ganz entziehen können. Das tritt zutage, wenn von den sozialen Konjunkturen und ihrem Einfluß auf die Leistung der Arbeiterschaft die Rede ist. Weber kommt natürlich auf diesen Punkt ausführlich zu sprechen. Er bemerkt, es werde, freilich ohne „exakten Nachweis“, sehr bestimmt berichtet, daß die Gesinnung der Arbeiterschaft und insbesondere ihre jeweiligen Beziehungen zum Unternehmer die Leistung beeinflussen.“

Nun, eines „exakten Nachweises“ für diese Tatsache, die jeder Praktiker am eigenen Leibe täglich erproben und die wohl auch der Wissenschaftler von vornherein als gegeben annehmen kann, bedarf es wirklich nicht. Der gute Wille ist die erste und entscheidende Voraussetzung der

Arbeitsleistung, eine Voraussetzung, die vielleicht nach Einführung der Maschinen ein wenig von ihrer Wichtigkeit verloren hat, aber noch immer als ausschlaggebend betrachtet werden muß. Wie man im Kriegsweesen zu sagen pflegt, daß die besten Kanonen nichts nützen, wenn sie nicht von den richtigen Männern im richtigen Moment abgefeuert werden, so ist auch die Arbeitsleistung an den modernen Fabrikmaschinen nicht allein, nicht einmal zum größten Teil von diesen, sondern von den Händen, die sie bedienen, abhängig. Das werden die Vertreter der Arbeiterschaft zu allererst zugeben, weil ja sonst der Wert der menschlichen Arbeit überhaupt nur noch ein Minimum bedeuten würde.“

Das ist ganz richtig: die Qualität und Quantität der Arbeit ist wesentlich von dem Arbeiter abhängig, und da der Arbeiter ein Mensch ist und keine Maschine, so ist seine Stimmung ein nicht zu unterschätzender Faktor. Diese Stimmung wird hinwiederum hauptsächlich von materiellen Momenten beeinflusst. Eine anständige Bezahlung und Behandlung, eine mäßige Arbeitsdauer und eine nicht übermäßige Arbeitsintensität bieten die Gewähr für eine gute Arbeitsleistung. Daraus mögen die Scharfmacher doch mal die Konsequenzen ziehen.

Dann heißt es weiter: „Im Anschluß an die Frage nach dem Einfluß der Gesinnung kommt Weber auch auf die Cacannypolitik — er nennt sie das „Bremsen“ der Arbeiter — zu sprechen. Der Psychologe meint, wenn in den Klagen der Unternehmer die Gewerkschaften, vor allem die freien Gewerkschaften, für das Umsichgreifen des Bremsens, d. h. der bewußten Einschränkung der Arbeitsleistung seitens des Arbeiters verantwortlich gemacht werden, so sei die Betrachtungsweise wahrscheinlich eine viel zu äußerliche. Vielmehr finde sich das Bremsen, nicht nur das unwillkürliche, stimmungsmäßige, sondern das bewußte, absichtsvolle auch beim Fehlen aller gewerkschaftlichen Organisationen überall da, wo irgendwelches Maß von Solidaritätsgefühl in einer Arbeiterschaft existiere. Es sei vielfach die Form, in der eine Arbeiterschaft bewußt und hartnäckig, aber wortlos mit dem Unternehmer um den Kaufpreis für ihre Leistung feilscht und ringt. Es könne sowohl die Erzwingung höherer Akkordsätze, wie bei gleichbleibenden Akkordätzen die Erhaltung des traditionellen Tempos der Arbeit zum Zweck haben, wie endlich der Ausdruck einer ihrer Herkunft nach mehr oder minder deutlich bewußten allgemeinen Mißstimmung sein. Diese psychologische Beurteilung der Cacannypolitik, von welcher an anderer Stelle behauptet wird, daß ihre heutige Häufigkeit sicherlich von Seiten der Unternehmer oft stark übertrieben werde, mag in den Grundzügen nicht unrichtig sein, sie entbehrt aber des Hinweises auf das wichtigste Moment, nämlich auf die in der Gewerkschaftsprelle ganz bewußt und ganz deutlich ausgegebene Parole, die Arbeitsleistung nicht über eine gewisse Maximalgrenze ansteigen zu lassen. Das Bremsen hat seinen Ursprung weniger in der psychischen Beschaffenheit des einzelnen (soweit die Trägheit eine gewisse Rolle spielt), als in der von den Organisationsleitern ausgeübten Beeinflussung.“

Ohne Zweifel hat eine Gewerkschaft nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich außer um den Arbeitslohn und die Arbeitszeit auch um die Arbeitsintensität zu kümmern und hier regelnd einzugreifen, wenn es das Interesse der Mitglieder erfordert. Daß dieser Standpunkt das Wohlbefinden der Unternehmer und ihrer Preßlosen hervorruft, wissen wir, dadurch wird es aber doch nicht falsch, denn schimpfen ist nicht gleichbedeutend mit widerlegen. Wir freuen uns, daß der berühmte Forscher Max Weber mit vornehmer Ruhe das Geträgde des Unternehmertums unbeachtet läßt und die psychologischen und physiologischen Ursachen des mäßigen Arbeitens hervorhebt. Wenn wir noch obendrein auf die sozial-ethische und kulturelle Seite dieser Frage hinweisen, so kann das fürwahr nichts schaden.

Aber noch eine andre unangenehme Wahrheit entdeckt der Kritiker in den Weber'schen Untersuchungen: „Weber erörtert in recht interessanten Ausführungen die allgemeine Stellungnahme der Arbeiterschaft zum Akkordlohnssystem, er berührt die Frage nach dem Verhältnis zwischen Streikpolitik und Streikpolitik und gibt der Ansicht Ausdruck, daß die zunehmende Macht der Arbeitgeberverbände dem System des Streikens auf Kosten des immer ausfallsloser werdenden Streikens neuen Boden verschaffen wird. Alsdann aber überrascht uns der Forscher mit einer Erweiterung des Zusammenhangs des politisch-sozialen, des weltanschaulichen Gesamthabitus der Arbeiterschaft mit ihrer Leistung. Er erzählt, hinsichtlich unbefangene Unternehmer pflegten bei der Frage nach der Qualität der sozialdemokratischen Gewerkschaftler als Arbeiter mit großer Regelmäßigkeit, in unter sich sehr verschiedenen Industrien, einzuräumen, daß sie in ihrer Leistungsfähigkeit normaler Weise an der Spitze aller Arbeiter marschierten. Das verhalte sich selbst in der „so gewerkschaftsfeindlichen rheinisch-westfälischen Eisenindustrie“ so, und bei einem Betriebe der Textilindustrie, den er (Weber) genau zu studieren Gelegenheit gehabt habe, wären ebenfalls diejenigen männlichen Arbeiter, welche als stramme Gewerkschaftler bezeichnet werden, die absolut besten Arbeiter des Betriebes.“

Das paßt dem Tintentuli der „Arbeitgeber-Zeitung“ durchaus nicht in den Stram und er zieht ein Gesicht, wie eine Kage, der man Walbrian unter die Nase reißt. Man merkt es ihm an, wie er sich müht, diese unangenehme Wahrheit zu verdauen. „Wo sind die statistischen Belege?“ fragt er. „Wo sind, da sich die Sache induktiv schwerlich beweisen läßt, die deduktiven Gründe, welche jenes Zusammenhanges auch nur plausibel machen? Weber deutet an, es sei wahrscheinlich, daß solche Arbeiter, die, ihrer Anlage nach spezifisch gewandt und geweckt, sich ihrer Rentabilität bewußt sind, Gewerkschaftler und Sozialdemokraten werden. Es wäre sogar, sagt er, zu erwägen, ob nicht vielleicht eine spätere Einführung in die Gedankenwelt des Sozialismus auch schlummernde Qualitäten, die der Arbeitsleistung zugute kommen, zu wecken geeignet sein könnte. Allerdings denkt Weber objektiv genug, um hinzuzufügen, der Gegenstand sei jedenfalls äußerst problematisch und bedürfe noch sehr genauer Untersuchung. Mit Miniaturbildern sei jedenfalls wenig auszurichten. Aber es ist kein Zweifel, daß der Verfasser der vorliegenden Studien eine leichte Verbeugung vor den hohen Qualitäten des gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeiters machen zu müssen glaubt. Wir warten mit Spannung darauf, ob es ihm jemals glücken wird, den Beweis für seine Mutmaßungen zu erbringen. Einstweilen sei nur bemerkt, daß man wohl tatsächlich ähnlichen Behauptungen in der Praxis begegnet. Dieser und jener hat bemerkt, daß ein Arbeiter, der als Sozialdemokrat bekannt ist, sich auch durch tüchtige Leistungen auszeichnet. Aber der Psychologe sollte wissen, daß hier nur eine Eigentümlichkeit der Auffassung vorliegt, indem nämlich gerade diejenigen Fälle, in denen jener auffallende und vornherein nicht vermutete Zusammenhang besteht, sich der Aufmerksamkeit gleichsam aufdrängen, während Hunderte von anderen Fällen, in denen gute Sozialdemokraten schlechte Arbeiter, oder gute Arbeiter keine Sozialdemokraten sind, gänzlich unbeachtet bleiben. Der gewöhnliche Verstand aber verallgemeinert. Er braucht nur einmal beobachtet zu haben, daß sich mit dem Mondwechsel das Wetter ändert und glaubt sofort auf einen geschwägigen Zusammenhang schließen zu dürfen, worin es ihn auch gar nicht beirrt, daß sich hundertmal der Mondwechsel ohne Wetterwechsel und umgekehrt vollzieht.“

All dies Gefasel kann den Eindruck nicht verwischen, daß Dr. Weber den Scharfmachern eine ganz unbecommene Wahrheit gesagt hat.

Klassengegensatz, Klassenbewußtsein und Klassenkampf.

I.

Wenn wir in die heutige Gesellschaft blicken, so muß uns sofort die Tatsache auffallen, daß zwischen den verschiedenen Schichten ein und desselben Volkes ein klaffender Gegensatz vorhanden ist. Aus der Ferne betrachtet bildet ein Volk eine einheitliche, gleichartige Masse, die durch gemeinsame Sprache, Sitten, Lebensweise, durch Abstammung und Rasse mit einander verbunden ist. Diese Volkseinheit tritt auch bei gewissen Anlässen, z. B. bei einem Kriege, nach außen hin in die Erscheinung, und man redet dann von einem Volkswillen und einer Volkseele. Jedes Volk stellt einen Typus dar mit einem bestimmten Charakter, und der Angehörige eines Volkes fühlt sich — besonders wenn er sich in gehobener Stimmung befindet — als das Glied einer großen Familie. Bei genauerer, nüchternen Betrachtung bemerkt man, daß sich diese Volkseinheit in eine Vielheit von kleineren oder größeren Gruppen auflöst, deren Interessen verschieden gerichtet sind und die sich deshalb bald offen, bald im geheimen bekämpfen. In ein und demselben Volke sind eben mehrere Klassen vorhanden, die in einem Gegensatz zu einander stehen.

Ein oberflächlicher Beobachter oder ein Mensch, der absichtlich seine Augen vor der Wirklichkeit verschließt, wird diese Gegensätze nicht gewahr oder er will sie nicht sehen, weshalb er von einer Harmonie der Interessen schwärmt, die nirgends anders existiert als in der Phantasie eines weltfremden Kindes. Ein ernster und ehrlicher Beobachter sieht auf Schritt und Tritt die Klassengegensätze vor sich aufsteigen: er sieht den klaffenden Zwiespalt zwischen Arm und Reich, Hoch und Niedrig, Herren und

Knecchten, Ausbeutern und Ausgebeuteten, Bevorrechteten und Entrechteten; er steht unter der Oberfläche die entgegengesetzten Strömungen, er sieht, wie jede Gruppe ihre Interessen vertritt und ihre Ansprüche geltend zu machen sucht. Und wenn er bei festlichen Gelegenheiten eine Rede vernimmt, die auf das Thema zugeschnitten ist: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!“, wenn vor seinem Ohr die Lieder erklingen, die das deutsche Volk preisen und feiern, so sieht er durch den Jubel hindurch die Klassengegensätze mit all ihrer Schärfe vor seinem geistigen Auge emporsteigen. Und ein Gefühl unsagbarer Erbitterung erfüllt sein Herz, wenn er die begeisterten Reden und Lieder mit der traurigen Wirklichkeit vergleicht.

Der Klassengegensatz macht sich in der modernen Gesellschaft besonders nach vier Richtungen hin bemerkbar: in wirtschaftlicher, sozialer, geistiger und rechtlicher Beziehung. Sollen wir die unteren Schichten des Volkes gegenüber den Oberschichten benachteiligt und zurückgesetzt.

Zunächst beobachten wir den Klassengegensatz auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens, in bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen, in bezug auf Nahrung, Wohnung und Kleidung, in bezug auf Lebenshaltung und Lebensführung. Die Angehörigen der Oberschicht sind infolge ihrer wirtschaftlichen Übermacht und sich selbst auf Kosten fremder Arbeit ein arbeitsloses, angenehmes Dasein zu verschaffen. Während sie selbst ihr Leben im Nichtstun verträdeln, bürden sie den armen Proletariern die schwersten, unangenehmsten, schmutzigsten und langwierigsten Arbeiten auf, während sie selbst Hunderttausende und Millionen in die Taschen stecken, speisen sie die Arbeiter mit einem erbärmlichen Lohne ab. Und was ist die Folge dieser Ausbeutung des einen Menschen durch den andern? Man vergleiche nur einmal die Lebensweise eines Knechtens mit der eines Böhrenjobbers oder den Speisezettel eines Fabrikarbeiters mit dem eines Aktionärs oder die Wohnung eines ländlichen Tagelöhners mit der eines Junkers oder die Kleidung einer Scheuerfrau mit der einer Kommerzienrätin! Fällt da der Klassengegensatz nicht sofort auf? Wahrscheinlich, ein Minder kann es mit dem Stode fühlen, daß die Drohnen, die auf der Sonnenleite des Lebens wohnen, herrlich und in Freuden leben, ohne daß sie sich den Fingern nah machen, und daß die Arbeitsknechten ein Leben führen müssen voll Sorgen, Not und Entbehrung.

Zweitens tritt der Klassengegensatz auch in sozialer Beziehung deutlich zutage, in bezug auf gesellschaftlichen Verkehr und Umgang. Der Proletarier, der ehlich und redlich durch seiner Hände Arbeit für sich und seine Familie ein Brot erwirbt, wird viel weniger geachtet, als der reiche Nichtstuer, der ein Schmarogerleben führt. Kann man es nicht jeden Tag beobachten, daß der Mann im schlichten Arbeitsittel nicht gilt in der Gesellschaft, während der Kaufmann in seinem Gewande mit Ehren überhäuft wird? Schon die Kinder der Reichen bliden mit Verachtung auf die Armen herab, denn „es sind ja nur gewöhnliche Arbeiter!“ und im öffentlichen Leben wird der Arbeiter als Mensch zweiter Klasse behandelt. Wer nicht zu arbeiten braucht, wird gesellschaftlich höher gewertet, als der andre, der für die Gesellschaft nutzbringende Arbeit leistet. Die Arbeit ist eben verachtet heutzutage, sie ist nicht nur eine große Last, sondern auch in den Augen der „nach Bildung und Besitz maßgebenden Klasse“ die größte Schande. Allerdings spricht man bei festlicher Gelegenheit gerne von der Ehre der Arbeit, von der Würde, die die christliche Arbeit verleiht, und man zitiert das Schillerwort: „Ehrt den König seine Würde, ehret uns der Hände Fleiß.“ Allerdings erzählen uns die christlichen Priester, daß das Christentum die einstmalig verachtete Arbeit wieder zu Ehren gebracht habe. Aber in der Praxis des täglichen Lebens merkt man nichts davon. Dort beugt man sich vor dem Geldsack, und dem faulenzigen Proleten küßt man die Hand, aber von dem Manne im Arbeitskleide rückt man ab, um sich an ihm nicht zu beschmutzen. Und selbst die Pastoren, die angeblichen Diener und Jünger des großen Weisen von Nazareth, der die Armen seine Brüder nannte, selbst die Geistlichen verkehren lieber in den Palästen der Aktionäre als in den Hütten der Arbeiter; sie sitzen lieber an den Tafeln der reichen Schlemmer bei Braten und Selt, als daß sie die Not der Armen teilen. Die Verachtung des arbeitenden Volkes durch die vornehme Gesellschaft ist offenkundig — nur wenn man die Arbeiter zu egoistischen Zwecken gebrauchen kann, z. B. bei Wahlen, dann trüft man von Arbeitersfreundlichkeit und die hohen Herren brücken dem Bruder Arbeiter die Hand.

Auch in geistiger Beziehung in bezug auf Bildung und Wissenschaft, auf Kunst und Kultur, macht sich der Klassengegensatz bemerkbar. Die Oberschichten nehmen alle Schätze der Kultur und alle Wissenschaft für sich in Anspruch, sie schwebeln in Kunstgärten aller Art und amüsierten sich in Theatern, Konzerten und Bildergalerien. Die große Masse des Volkes ist hiervon ausgeschlossen, denn der gewöhnliche Mann, wie sie ihn nennen, braucht zu etwas nicht. Und doch lebt in jeder Menschenbrust die Sehnsucht nach dem Hohen und Schönen, nach allem, was das Leben lieb und lebenswert macht. Aber auch von den Quellen der Bildung sucht man die Arbeiter fernzuhalten und Jahrtausende hindurch hat man die Volksmassen im geistigen Elend verkommen lassen. Alles was unsre großen Geisteshelden geleistet haben, was die Dichter erbacht, was die Künstler geschaffen haben, alle die erhabenen Werke Goethes, Beethovens, Wödlins, Meuniers und tausend anderer Helden, alle diese Leistungen des Genius existieren nicht für die große Masse des Volkes. „Unsre großen Männer“, so urteilte Daffale einstmal, „sind über die Haupter der Masse dahingezogen wie die Kraniche, die wie ein Punkt in weiter Ferne erscheinen.“ Allerdings ist es seit ein paar Jahrzehnten in dieser Beziehung ein wenig besser geworden, weil die moderne Arbeiterbewegung sich bemüht, Bildung und Wissen und Kunst in die Massen zu tragen, aber noch heute stoßen diese Bestrebungen auf den energischen Widerstand der herrschenden Klasse, die das Volk am liebsten in der Unbildung und Unkultur erhalten möchte. Das Volk soll, wenn es nach dem Willen dieser Leute geht, möglichst dumm bleiben, denn der Grundlag gilt: Je dummer ein Schaf ist, desto gebuldiger läßt es sich scheren.

Endlich vierstens zeigt sich der Klassengegensatz in rechtlicher Beziehung, in bezug auf Gesetzgebung und Rechtspflege. Die bevorrechtete Klasse hat die Staatsgewalt für sich mit Beschlag belegt und benützt die Staatsmacht zur ihren egoistischen Zwecken. Sie hat die Spitze der Gesetzgebung in der Hand und macht Gesetze zu ihrem eignen Vorteil. Theoretisch gilt allerdings der

Grundsatz der Rechtsgleichheit, in Wirklichkeit aber wird der Proletarier als Bürger minderen Rechts betrachtet. Die Göttin der Gerechtigkeit trägt zwar eine Blinde vor den Augen und eine Waage in der Hand, um anzudeuten, daß sie wägend mit gerechten Händen, ohne Ansehen der Person, Recht sprechen wolle, in der Praxis aber beobachtet sie eine Klassenjustiz schlimmster Art. Der heutige Staat nennt sich ein Rechtsstaat und behauptet mit Stolz, daß alle Bürger vor dem Gesetze gleich seien, in Wirklichkeit aber ist er ein Klassenstaat von reinstem Wasser. Im Staat und in den Gemeinden, vor den Richtern und bei den Behörden, überall zeigt sich das mindere Recht des Arbeiters in auffälliger Weise. Diese Tatsache ist so offenkundig, daß es wohl kaum noch einen halbwegs denkenden und empfindenden Arbeiter gibt, der nicht wünscht, daß er — trotz „unsrer vollendetsten Rechtsgarantien“ und trotz aller Lobesfänge auf das gleiche Recht für alle — bedeutend weniger Recht hat, als ein Angehöriger der besitzenden Klasse.

Hilft Euch vor der Ueberproduktion.

II.

„Der laute Ruf nach „Arbeit“ ertönt an allen Euden, aber der Hände waren schließlich mehr als der Arbeit.“

Thomas Mornis.

Die Not des Armen ist der erste Grund, weshalb der Reiche sich seine Arbeitsfähigkeit aneignen, seine Arbeitskraft ausnützen kann. Schon 1696 sagte ein gewisser John Vellers: „Wenn jemand 100 000 Acker hätte und ebenso viele Pfund Gold und ebenso viel Vieh, was wäre der reiche Mann ohne den Arbeiter, außer selbst ein Arbeiter... und wie die Arbeiter Leute reich machen, desto mehr Arbeiter, desto mehr Reiche. Die Arbeit des Armen ist die Mine des Reiches.“

Ein anderer Nationalökonom J. B. ein gewisser Bertrand de Mandeville, äußerte sich: „Wo das Eigentum hinreichend geschützt ist, wäre es leichter, ohne Geld zu leben, als ohne Arme, denn wer würde die Arbeit tun?“

Diese Grundidee von der Verelendung des Arbeiters hat sich das Unternehmertum, namentlich die Großindustriellen bei der Errichtung von Fabriken etc., schon früher als Richtschnur für die Ausbeutung der Arbeitskraft zu Nute gemacht. Als im Jahre 1790 von der französischen Nationalversammlung ein Komitee eingesetzt wurde zur Abschaffung der Armut, da äußerten einzelne Mitglieder dieses Komitees: Ein Teil der Nationalgüter möge in kleine Parzellen geteilt werden, die armen Bauernfamilien gegen geringe Mietzahlungen erwerben könnten. Aber das Komitee erschrak über seine eigene Kühnheit — wie Boris Mingez berichtet — und erklärte später: „Wenn man dies durchführte, würde das Staatswohl (!?!!) darunter leiden, da dem Fabrikanten und dem Großgrundbesitzer Arbeiter entzogen würden, wenn der arme Mann zum Grundbesitzer gemacht würde.“ Hier wird von den besitzenden Bourgeois die Verelendungstheorie in ihrer ganzen Tragweite als ein Mittel gekennzeichnet, um das elendeste aller Wirtschaftssysteme aufrecht zu erhalten, die Privatwirtschaft zu führen.

Trotz dieser durchschlagenden Argumente fanden sich auch unter den späteren Sozialisten Leute, die dieser Theorie das Wort redeten. Die Väter dieser „Verelendungstheorie“ meinten, daß es leichter sei, einen Hungerigen von der Notwendigkeit einer Verbesserung seiner Lage zu überzeugen, als einen einigermaßen gesättigten Menschen; sie gingen von dem Grundsatz aus, daß, je glücklicher der Mensch sei, je weniger er für einen Emanzipationskampf taugte. Hierzu äußerte sich erst kürzlich treffend die Schwedin Frida Steenhof in der Zeitschrift „Die neue Generation“, indem sie sagte: „Es gibt eine Anzahl von Menschen, die da sagen, es sei gut, daß es viele Notleidende gäbe. Je mehr Hunger und Elend, desto mehr Unzufriedene, desto schneller käme die große Umwälzung. Sie glauben vom revolutionären Gesichtspunkte aus an die große Mission der Not. Sie glauben, daß der Hunger das notwendige Mittel für soziale Reform sei, daß die bis aufs äußerste gesteigerte Hungersnot eine entscheidende Revolte zur natürlichen Folge habe. Diese Ansicht von der Sache leidet an bedenklichen Mängeln. Die äußerste Not zeitigt keine Revolutionen. Eine Menge Notleidender ist daselbe wie das Sinken der Löhne. Dadurch werden die schon qualenden Arbeitsbedingungen unerträglich. Eine Menge Notleidender, das ist der Kampf zwischen Schwestern und Brüdern untereinander, die Konkurrenz zwischen Eltern und Kindern, Feindschaft und Meid zwischen allen arbeitenden und hungernden Sklaven. Viele Notleidende, das ist Ueberfüllung in allen Berufen und eine Masse Armer, die sich der Polizei und dem Militär verkaufen. Aber wenn dagegen die Proletarier weniger zahlreich sind und von besserer Qualität, weil sie der Verarmung entgehen, so haben sie reichere Hilfsquellen an Gesundheit, Wissen und Würde und sie können die Waffen der Intelligenz führen, die die Erziehung verleiht.“ Und weiter sagt diese aufgeklärte Frau: „Die Not in ihrem höchsten Grade ist der gefährlichste Feind der Hebung eines herrschenden sozialen Tiefstandes, denn sie verhindert die Menschen, an etwas anderem als dem unmittelbar notwendigen Wissen Brot zu denken. Der Hunger kann allerdings zu zufälligen Ausbrüchen von Protest, Haß und Rache zwingen, aber nach dem Ausbruch sinkt alles ins alte Geleis zurück. Die Heerschaaren des Elends sind gerade durch die Größe und die Langwierigkeit der Not geistig schwach geworden und die Muskelkraft allein genügt nicht, um nach dem Ausbruch einen neuen sozialen Zustand herbeizuführen und aufrecht zu erhalten. Im Interesse der Entwicklung müssen daher auch die ärmeren Schichten anfangen, mehr Gewicht auf die Qualität als auf die Quantität zu legen.“

Bessere Neußerung erinnert an einen Ausspruch von Mantegazza, der lautet: „Habt wenig Kinder, aber in diese legt den Schatz eurer Liebe und eurer Kraft aus, geht dem Vaterlande starke und gebildete Bürger!“ Schwächlinge nützen weder dem sogenannten Vaterlande, noch der Arbeiterbewegung, sie dienen nur als Ausbeutungsobjekte für den Kapitalismus. Unsere Feinde haben denn auch großes Interesse daran, daß in den Arbeiterfamilien die Kinderzucht flort vor sich geht. Das Kapital braucht billige Ware, zur Bedienung einer Maschine genügt schließlich auch das schwächliche Individuum; darum kommt es den Kapitalisten auf die Qualität weniger als auf die Quantität an. „Noch vor wenigen Jahren“, — sagt Frida Steenhof — „war es sehr gebräuchlich, über Kindererzeugung

zu reden, als spräche man von irgend einer Art Industrie. Man könnte von Denkern, Dichtern und Schriftstellern aller möglichen Lager Fruchtbarkeit ohne Reflexion befruchteten hören, denn ihnen erschienen die zahlreichen Kindergeburten im Lichte ungemischter Freude. Sie ermunterten auf jede Weise arme und unglückliche Menschen, sich zu vermehren und dadurch die Ueberproduktion aller Art von Geld zu vergrößern. Wenn nun auch das soziale Elend nicht auf einer Ueberbevölkerung an und für sich beruht, so ist doch die Ueberproduktion an Nachkommenschaft auch nicht gerade als ein Glück zu bezeichnen. Jedenfalls ist der Arbeiter besser daran, der wenige oder gar keine Kinder hat, als der, der eine große Kinderjahre ernähren muß und infolge des Mangels an guter Nahrung, Wohnung, Kleidung usw., auch noch mit Krankheiten in der Familie zu kämpfen hat. Diese Sorge um die Ernährung einer großen Familie bringt aber noch andere Nachteile in bezug auf den Fortschritt der Arbeiterbewegung in revolutionärer Hinsicht. „Wie viele für das allgemeine Wohl interessierte Personen haben“, so fragt Frida Steinhilber, „nicht ihre Arbeit für ideale Zwecke unterbrechen müssen, nur um jede Minute Sklavendienst zur Versorgung einer allzu großen Familie zu tun?“ Es ist dies immerhin ein Elend und es bleibt für jeden Einzelnen bestehen, trotz aller nationalökonomischen oder sozialpolitischen Gegenbeweise, weil er sich dem Druck der widerwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht so ohne weiteres entziehen kann. Einem solchen Familienvater bleibt, wenn er arbeitslos oder krank ist, schließlich nichts anderes übrig, als die öffentliche Mühseligkeit oder die Armenpflege in Anspruch zu nehmen. Ja selbst, wenn er gesund ist, hat er Rücksicht zu nehmen auf seine große Familie, er ist infolge seiner wirtschaftlichen Belastung wenig geeignet, im Lohnkampf oder dergleichen voran zu stehen; er gleicht einem Soldaten, der mit schwer gepacktem Tornister in die Schlacht zieht. Das wissen die kapitalistischen Unternehmer recht gut und darum suchen sie die Kinderproduktion möglichst zu fördern, um die Arbeiter nicht nur seßhaft, sondern auch „zahm“ zu kriegen. Unterstützt wird die „Karnickelzucht“ dann noch durch Gewährung von Gnadengehenken: freien Wohnungen, alten Kleidern, Wochensuppen für die Wöchnerin, Säuglingsheime und sonstige „Wohlfahrts-einrichtungen“, Weihnachtsgeschenken u. dgl. Betrachtet man die Art und Weise, wie derartige „Wohltaten“ im allgemeinen erzeigt werden, so muß einem braven Arbeiter die Schamröte ins Gesicht steigen. Wie weiß man dabei dem Armen, trotz aller Lebenswürdigkeit, sichtbar zu machen, daß ihm Gnade erwiesen wird, daß man in Menschenliebe seiner gedenkt. Mit frommer Heuchelei sucht man hier das Elend auszubeuten, um Knechtsgeulen zu züchten. Ein Mensch, in dessen Seele noch ein Funken Selbstbewußtsein und Freiheitsgefühl glimmt, er muß sich empört abwenden von solchem „Wohltätigkeitskrummel“, wo man löffelweise zurückgibt, was man scheffelweise genommen.

Der moderne Arbeiter verlangt keine Geschenke, er fordert sein gutes Recht; er will so gestellt sein, daß er in der Lage ist, selbst für sich sorgen zu können. „Selbst ist der Mann“, das dürfen auch wir Arbeiter nie vergessen. Die alten Bünde und Gilden des Mittelalters hatten diesen Anspruch wohl erkannt, obgleich von Feinden umgeben, hielten sie fest und trenn zusammen und hielten dem auf sie andringenden Feinde, dem kapitalistischen Unternehmer, stand, so lange es ging, sie mußten unterliegen gegenüber den kapitalkräftigen Fabrikanten. Alles Kapital aber hätte diesen Fabrikherren nichts genützt, wenn nicht willige Arbeitsträfte sich gefunden hätten und diese fanden sie, weil in den bürgerlichen Familien eine Ueberproduktion an „Menschenfleisch“, an Kindern vorhanden war. Hier lag der „springende Punkt“ damals und das selbe ist es heute noch — sobald das „Angebot“ die „Nachfrage“ übersteigt, sinkt der Preis. Weherzigenwert sind die Worte des englischen Volksmannes James Mill: „Die Lage der arbeitenden Klassen kann nur dadurch verbessert werden, daß man das Verhältnis zwischen der Zahl der Arbeiter und dem Kapital verändert“, d. h. zu deutsch: das Angebot der Arbeitskraft verringert. So lange das heutige Wirtschaftssystem in Kraft bleibt, ist dies der einzige Weg, um der kapitalistischen Ausbeutung beizukommen. Gleich den Bünden und Gilden des Mittelalters müssen wir zur Verteidigung unserer Lebenslage zusammenstehen in den Gewerkschaftsverbänden, nebenher aber muß jeder auch selber seines Schicksals Schmied sein, eingedenk der Worte Mantegazza's: „Habt wenig Kinder!“

Dorus,

Das Alkoholverbot und die Trinkwasserfrage bei den Baubetriebsstätten.

Seit Jahren wird von den Vorständen der Bauberufsgenossenschaften den Unternehmern der Gedanke suggeriert: der Alkoholkonsum der Versicherten ist die große Ursache der vielen entschädigungspflichtigen Unfälle. Die Gründe zu diesen Folgerungen gab besonders die Zahl der Unfälle an den Montagen. Der Montag, Freitag oder Sonnabend sind im Vergleich zu den übrigen Wochentagen stark mit Unfällen belastet. Hierzu ein Beispiel aus der „Morbidität“. Die für 1907 bei dieser Berufsgenossenschaft insgesamt gemeldeten Unfälle verteilen sich wie folgt:

Sonntag		Montag		Dienstag		Mittwoch		Donnerstag		Freitag		Sonnabend		Zusammen
vorm.	nachm.	vorm.	nachm.	vorm.	nachm.	vorm.	nachm.	vorm.	nachm.	vorm.	nachm.	vorm.	nachm.	
15	20	1049	1009	907	926	874	851	847	934	859	1050	901	924	11166

Auf die drei Tage Dienstag, Mittwoch und Donnerstag entfielen insgesamt 5339 Unfälle und so insgesamt und durchschnittlich auf pro Tag 1779,3 Unfälle. 2058 Unfälle kamen auf die Montage und demnach 278,7 Unfälle mehr im Vergleich zu den mittleren Wochentagen; hiernach hatte jeder Montag 5,96 Unfälle mehr aufzuweisen. An den Sonnabenden wird in einer beträchtlichen Zahl von Orten früher Feierabend gemacht, daher ist die Unfallbelastung dieses Wochentages scheinbar geringer; der Freitagvormittag steht dagegen dem Montagvormittag gleich. Während nun die Zahl der Unfälle an den letzten

Wochentagen den betriebsgenossenschaftlichen Leitern weniger Ursache bot, den Unternehmern einige Gedanken über die Abkürzung der Arbeitszeit nahe zu legen, argumentierte man mit den Zahlen der Montage im scharfmacherischen Sinne. Wer die Verhältnisse im Baugewerbe kennt, wird wissen, daß an den Montagen ein starker Wechsel der Arbeiter bei den Baustellen vor sich geht; daß also bei der Unfallbelastung der Montage ganz andere Vorgänge mitwirken als der Alkoholkonsum der Arbeiter von den vorausgegangenen Sonntagen. Nach der menschenfreundlichen Meinung der leitenden Funktionäre bei den Unternehmerorganisationen soll der Arbeiter an den Sonntagen, zum Zweck einer besseren Auspoilierung an den Wochentagen, sich der Ruhe gleich eines Lastpferdes hingeben. Dem entgegen soll hier zum Ausdruck gebracht und betont werden, daß die Arbeiter die Sonntagsstunden möglichst zum Genießen von wahren Lebensfreuden benutzen sollen, und wenn dabei die Lohnsklaverei wahrhaftig in Vergessenheit geraten könnte, so wäre das mit Genugtuung als Zeichen von fortschreitender Kultur zu begrüßen. Aber eine solche Auffassung vom Leben der Arbeiter kann von den Bauberufsgenossenschaften nicht erwartet werden, und so ist in den neueren Unfallverhütungsvorschriften und in den behördlichen Schutzverordnungen mehr und mehr die folgende Bestimmung zur Geltung gekommen: „Der Genuß von Branntwein, Bier und sonstigen geistigen Getränken ist auf der Arbeitsstelle auf das strengste zu unterlagen. Der Arbeitgeber ist jedoch verpflichtet, für genießbares Trinkwasser auf der Arbeitsstelle zu sorgen.“

Diese Bestimmungen haben bei einem Teil unserer Kollegen Anzufriedenheit und Enttäuschung hervorgerufen, die auch wiederholt auf den Bauberufsgenossenschaftskonferenzen zum Ausdruck gekommen sind. Ob auch die Unternehmer überall von dieser Vorschrift so sehr erbaunt und inwiefern sie selbst gewillt sind, dem nachzukommen, darüber ist etwas Bestimmtes nicht festzustellen. Soweit aber die Lebensgewohnheiten der Unternehmer im Baugewerbe bekannt sein dürften, wissen wir — und das zeigen ja auch die Bauberufsgenossenschaftstage —, daß die weit entfernt sind, durch Trinkwasser Abstinenz zu üben und den Arbeitern durch gute Beispiele muster-gültig zu erscheinen. Als Tatsache ist anzusehen, daß in dem letzten Jahrzehnt in den Kreisen der baugewerblichen Arbeiter die Abstinenz und Mäßigkeit ganz achtungswürdige Fortschritte gemacht haben. Wo wir in den früheren Jahren die Schnaps- oder Bierfläse neben der Arbeit stehen sahen, steht heute die Kaffee- oder Milchflasche. Die Böhlerlei an den Sonnabenden, die den spießbürgerlichen Gastwirten in der skrupellosesten Art die Ausplünderung eines Teiles der Bauberufsgenossenschaft, ist im Verschwinden begriffen. Die gewerkschaftliche Bewegung kann sich hier rühmen, mit Erfolg gearbeitet zu haben. Die Arbeiter werden den Gesundheitslehren der Wissenschaft zugänglicher, und so vollzieht sich vor unsern Augen eine geistig-sittliche Hebung der Bauberufsgenossenschaft. Der Glaube oder die gewohnheitsmäßige Annahme, daß der Arbeiter, der anstrengende Muskelarbeit zu verrichten hat, zur Anregung Alkohol konsumieren muß, ist längst erschüttert. Heute weiß jeder Arbeiter, daß zur Verrichtung solcher Arbeit vor allem eine Nahrung gehört, die in der stofflichen Zusammenziehung eine quantitativ reiche Masse von leicht verdaulichen Nährwerten enthalten muß. Die fortgeschrittene Bauberufsgenossenschaft weiß auch aus Erfahrung sehr gut, daß beim Bau einzelne angeraufte oder betrunkene Arbeiter durch Unterlassungen oder unzumutbare Handlungen nicht allein das eigne Leben, sondern auch die Gesundheit und das Leben ihrer Kollegen leicht in große Gefahr bringen können. Die Unzufriedenheit der Arbeiter richtet sich deshalb auch nicht gegen das Alkoholverbot, sondern gegen das vom Geiste der Bevormundung diktierte „genießbare Trinkwasser“. Etwas anderes könnten die kleinlichen Geister in den Vorständen der Bauberufsgenossenschaften und der behördlichen Bureaukratie den Arbeitern als Ersatz für den Alkoholkonsum nicht bieten, als „trinkt Wasser“. Dadurch tritt der schikanöse Charakter dieses vorschristlichen Unfallschutzes so recht schroff und verlegend zutage und muß den Glanzen erwecken, als wenn die große Masse der baugewerblichen Arbeiter dem Alkohol ergeben und deshalb die Baubetriebsstätten im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt neben-zwecklich noch als Trinkerheilmitteln dienen müssen.

Wie zeigt sich nun diese Bestimmung in der Praxis bei den Bauten? An der Hand ihrer Strafbefugnisse wachen die Bauberufsgenossenschaften mit Eifer darüber, daß die Arbeiter das Alkoholverbot innehalten, während die Unternehmer sich in den seltensten Fällen bemühen, für „genießbares“ Trinkwasser Sorge zu tragen. In den größeren Orten, wo das zum Bau gebrauchte Wasser den städtischen Leitungen entnommen werden kann, wird dieses Wasser zum Trinken dienen können. Daß aber hierbei auch Dinge vorkommen, die auf keinen Fall den Wasserkonsum empfehlenswert machen, wird dem aufmerksamen Beobachter nicht entgangen sein. Oft wird das Wasser, und hierbei kommen besonders größere Baustellen in Frage, von der Anschluß- oder Hauptstelle nach dem Bau durch alte Schläuche, alte Wasserleitungs- oder Gasröhren weitergeleitet. Hat das Wasser diese Leitungen passiert, so kann selbstverständlich von genießbarem Trinkwasser keine Rede mehr sein. Aber selbst nicht verunreinigtes Leitungswasser kann die Eigenschaften vermissen lassen, die als geeignet zum Trinken vorausgesetzt werden müssen. Wir haben in Deutschland immer noch eine Zahl von Orten mit Wasserwerken, wobei die Filtrations- und Enteisungseinrichtungen äußerst primitiver Art sind; um nun typhöse Erkrankungen usw. zu verhindern, muß solches Leitungswasser, um genießbar zu sein, vorher abgekocht werden. Es würde in dem Falle also Sache des Unternehmers sein müssen, für abgekochtes Trinkwasser Sorge zu tragen. — Aber wie liegen die Bedingungen für „genießbares Trinkwasser“ bei den Bauten des platten Landes, wo das Wasser, das beim Bau oder sonst wo gebraucht wird, aus offenen Brunnen oder durch Pump- beziehungsweise Abfahrburbrunnen gehoben wird? Das Wasser, das so aus einer geringen Tiefe gewonnen und entnommen wird, ist oft durch vegetabilische Stoffe durchsetzt und faul. Schlimmer noch ist die Beschaffenheit dieses so wertvollen Elements, wenn in der Nähe der Sammelstelle des Brunnens Moor- oder Torfablagerungen in Betracht kommen. Derartige Wasser mag unter Umständen sich noch zu Bauzwecken eignen, aber nicht zur Befriedigung des Trinkbedürfnisses. Aber hier nun eine Frage:

Entspricht es den gesundheitlichen Anforderungen, während der Arbeitszeit nur durch Wasser das Trinkbedürfnis zu befriedigen oder den Durst zu stillen?

Bei dieser so wunderbaren, den Arbeitern aufgedrungenen Abstinenz drängt sich uns ein interessanter Vergleich auf. Wie die bürgerliche Presse rühmend mitteilt, beabsichtigt die Knappschicks-Berufsgenossenschaft, zur praktischen Erprobung ihrer unfallverhütungstechnischen Maßnahmen Versuchsstrecken einzurichten, und die bergbaulichen Großindustriellen sollen sich damit einverstanden erklärt haben. So etwas wäre beileibe nicht von den Vorständen der Bauberufsgenossenschaften zu erwarten; für solche Ausgaben haben die noch nie das Portemonnaie finden können. Aber hier bei der Trinkwasserfrage liegt die Sache ja anders, etwas billiger und entgegenkommender. Als Tatsache kann angesehen werden, daß die großartigen Fortschritte auf dem Gebiete der Pathologie und speziell der Chirurgie der Entwicklung der Krankenfassen und der Unfallversicherung mit zu verdanken sind. Die Arbeiter waren so unfreiwillig das Menschenmaterial, das den Medizinern zu Studienzwecken zur Verfügung gestellt wurde. Um nun den unfallverhütungswirksamen Wert des „genießbaren Trinkwassers“ bei Bauten auszuprobieren, sind wir der Meinung, daß von den Bauberufsgenossenschaften der einzelnen Landesteile mal einige Personen aus den Kreisen der Unternehmer herangezogen werden könnten, um als Versuchskaninchen benutzt zu werden. Wir meinen, die körperliche Konstitution einzelner dieser Herren wäre ganz besonders dazu geeignet, so in den Monaten Juli oder August, vielleicht auch im Januar oder Februar, eine Woche beim Bau als Maurer, Steinmeyer auf der Mästung oder als Zimmerer beim Balkenlegen oder als Bauhilfsarbeiter beim Materialtragen verwendet zu werden, und dann bei dieser Arbeit, um den Durst zu stillen, unfallverhütungsvorschriftlich nur „genießbares Trinkwasser“ zu gebrauchen. Im übrigen haben wir auch nichts dagegen, daß, wenn den Herren das „genießbare Trinkwasser“ nicht immer munden sollte, sie abwechselnd auch einmal Mineralwasser benutzen. Aber hierbei ist auch — abgesehen von der Kostenfrage — zu bedenken, daß Selterwasser oder Fruchtlimonade (Braumlimonade) nur genießbar sind, wenn sie vorher kühl oder auf Eis gelagert worden sind. Ueber das Resultat der praktischen Prüfung dieser Unfallverhütungsvorschrift könnten die Herren Unternehmer später öffentlich berichten. Die Verantwortlichkeit hat ein Interesse daran, zu wissen, wie den Versuchsobjekten diese Karikatur Kur bekommen ist. Daß ein derartig geforderter Wassertrinken Magen- und Darmleiden erzeugen muß, steht außer Zweifel, um so mehr, als die Arbeiter des Baugewerbes ihrer ganzen Berufstätigkeit nach dazu disponieren. In der ärztlichen Literatur wird in neuerer Zeit wiederholt auf die große Zahl der Magenkranken im Baugewerbe hingewiesen.

Die Ursache dieser Erkrankungen ist bestimmt in den Erklärungen der Unterleibsorgane und in der gesundheitsnachteiligen Ernährung während des Arbeitstages zu suchen. Die übergroße Zahl der Bauberufsgenossenschaftler in der Lage, des Mittags eine warme Mahlzeit einzunehmen, sie müssen sich bei anstrengender Arbeit mit einer kalten Kost, Brot usw., begnügen. Weite Wegstrecken müssen von der Häuslichkeit bis zur Arbeitsstelle zurückgelegt werden; müde und abgehangen, oder sogar wir überhebt, nimmt abends der Bauberufsgenossenschaftler seine Mittags- oder Startoffel-mahlzeit ein. Hier sei auch daran erinnert, was den baugewerblichen Arbeitern sehr oft so gesundheitsnachteilig bei den Ueberlandarbeiten in bezug auf Kost und Nachtlager geboten wird. Die Zahl dieser Krankheitsfälle bildet eine starke Belastung der Krankenfassen und der gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen. Das „genießbare Trinkwasser“ als Ersatz für den Alkoholkonsum wird diese Belastung vergrößern und vermehrt im übrigen auch die Dispositionen zu Unfällen. Von der Zentralkommission ist den Regierungen und Behörden wiederholt nahe gelegt worden, durch behördliche Vorschrift beim Bau (möglichst in oder bei der Baubude) eine Einrichtung vom Unternehmer zu fordern, wodurch den Arbeitern Gelegenheit gegeben wird, sich Speisen und Getränke zu bereiten oder zu erwärmen. Aber das wird nach den Maßnahmen der Bauberufsgenossenschaft nicht mehr allein genügen können. Man mag über die Wohlfahrts-einrichtungen in der Großindustrie sehr geteilter Meinung sein, aber bei vorurteilsfreier Betrachtung sind doch Einzelheiten darin enthalten, die vom Geiste des Fortschritts diktiert und als vorbildlich angesehen werden können. In den einzelnen Industriebetrieben wird den Beschäftigten in den Arbeitspausen für ein billiges Entgelt warme Milch, Kaffee, Tee, Kakao, Suppe und auch ein Mittagessen geboten. Was die Industriellen durchgeführt haben, ist bei einem planmäßigen Vorgehen von unserer Seite zum größeren Teil auch bei den Bauten zu erreichen. Unter Bezugnahme auf das Alkoholverbot wäre erst mal bei jedem Bau der Unternehmer mindestens zu verpflichten, zur Zeit der Arbeitspausen den Bauberufsgenossenschaftlichen Wasser zur freien und unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung zu stellen. Den beim Bau Beschäftigten ist es dadurch leicht möglich, sich warme Getränke usw. herzustellen und auch gemeinsam dabei vorzugeben. Die Ausgabe für die Unterhaltung einer derartigen Einrichtung kann als eine Belastung der Unternehmer nicht betrachtet werden, um so weniger, wo in neuerer Zeit die größeren Baugeschäfte durch das Drängen der Arbeiter immer mehr dazu übergehen, derartige Einrichtungen zu schaffen. Daß die Vorstände der Bauberufsgenossenschaften für solche Dinge ein Verständnis zeigen werden, ist nicht zu erwarten. Auf den Verbandstagen (wie zum Beispiel in Essen) unterhält man sich lieber über die „Rentensucht“ und „Arbeitscheu“ der Versicherten. Deshalb wird es auch die Aufgabe der Landeszentralebehörde sein müssen, die vorgeforderte Maßnahme für den Gesundheitsschutz der Arbeiter bei den Baubetriebsstätten vorchriftlich zu befestigen und zur Durchführung zu bringen.

Die Leipziger Volkszeitung als Fundgrube für die Scharfmacherpresse.

Mit Bezug auf die auch von uns mitgeteilte Mai-feierresolution des Verbandstages der Metallarbeiter haben verschiedene Parteiblätter, wie es ihr gutes Recht ist, eine entgegengesetzte Ansicht geäußert. Die sattham bekannte

Leipzigerin, die das revolutionäre Manier unentwegt schwingt, schiebt den Vogel ab, indem sie schreibt: „Wenn Lessing einmal ein Buch schreiben wollte über das Thema: Gutes aus schlechten Büchern, so könnte man jetzt versucht sein, eine Abhandlung zu schreiben über das Thema: Das Nützliche einer schädlichen Taktik. In der Tat hat der Genosse Schlichte und die Generalversammlung der Metallarbeiter mit ihrer Taktik, die sie zur Abwürgung der Maifeier eingeschlagen haben, diese Feier mehr genützt als geschadet; denn sie haben die gesamte deutsche Arbeiterkraft auf die geheime Maulwurfsarbeit aufmerksam gemacht, die seit Jahren in gewissen Gewerkschaftskreisen und vor allem in der Verbandsleitung der Metallarbeiter gegen das Maifest der Arbeit systematisch betrieben wird. Den deutschen Arbeitern aber ist die Maifeier viel zu sehr ans Herz gewachsen, als daß sie geneigt wären, sich ihr Feind durch eine noch raffiniertere Taktik einiger ihrer „Führer“ verschandeln und verschlammen zu lassen. Sie werden ihnen ein Donnerwetter bis hierher und nicht weiter! zürnen, mag auch der Dünkel und der Hochmut einiger dieser gewerkschaftlichen Emporkömmlinge und ihre Verachtung des großen Übels da draußen noch so große Dimensionen angenommen haben. Klage doch schon der Delegierte zur Hamburger Generalversammlung Dittmann-Hamburg über die „Selbstherrlichkeit der Leitung“ und die „unwürdige Bevormundung der Kollegen“, was ihm freilich von dem Vorsitzenden Schlichte nur die erhabene Bemerkung eintrug, daß man ihn nicht ernst nehme. (Hierbei wollen wir im Interesse der Wahrheit mitteilen, daß die Ausrufung Dittmanns von der Versammlung mit Gelächter aufgenommen wurde und daß seine Hamburger Mitdelegierten ausdrücklich eine Gemeinschaft mit ihm ablehnten. Also ein netter Kronzeuge, dieser Dittmann!) Aber freilich! Schlichte nimmt ja auch die Parteipresse „nicht ernst“, wenn sie gegen seine dünkelfhaften Bevormundungsversuche protestiert! Bisher war für diesen Hochmutstüpfel kein Raum in der Arbeiterbewegung. Er galt als die widerlichste Eigentümlichkeit von Kolonialaffektoren und Regierungsräten. Mögen die deutschen Arbeiter dafür sorgen, daß sich dieses Parvenüprozentum nicht in den Kreisen ihrer „Führer“ festsetzt.“

In diesem Erguß eines tollgewordenen Federfuchers, der von der Schatzkammerpresse und dem Reichsflügelverband mit Wollust wiedergegeben wird, über verschiedene Gewerkschaftszeitungen berechnete Kritik. Das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ äußert sich folgendermaßen: „Gegen diese Schimpfereien zu polemisieren, wird einem anständig denkenden Menschen schwer fallen. Wir vermögen zurzeit unserer Keilichkeitsgefühl noch nicht so weit zu überwinden, um auf das polemische Niveau der „Leipz. Volkszeitung“ herabzusteigen, und hoffen, besonders im eigenen Interesse der sozialdemokratischen Partei, auch in Zukunft nicht dazu genötigt zu werden. Die „Leipz. Volksztg.“ ist zum Glück nicht das Abbild der Parteipresse. Vielmehr steht dieses Blatt in der Beurteilung der Gewerkschaften völlig abseits und isoliert. Es erklärt sich dies aus seiner krankhaften Neigung, bei den Gewerkschaftsleitern alle möglichen Schandthaten und Verbrechen zu wittern, und aus seinen der gleichen Veranlagung entspringenden Wahnideen, die deutschen Arbeiter vor ihren gewerkschaftlichen Führern retten zu müssen. Man kann in diesem Gebaren nur die traurigen Wirkungen einer Art Gewerkschaftskoller erkennen, der in der Redaktion der „Leipz. Volksztg.“ unausrottbar zu sein scheint. Gegen dieses verhängnisvolle Leiden läßt natürlich kein Polemiker. Vielleicht aber könnte bei denen, die solche Symptome äußern, eine gründliche Kaltwasserkur, rechtzeitig eingeleitet, noch einige Besserung bringen, — ehe es zu spät ist!“

Die „Vergarbeiterzeitung“ urteilt: „So etwas muß man zweimal lesen, um es für möglich zu halten, daß ein Arbeiterorgan über Leute, die in der Arbeiterbewegung aktiv und groß geworden sind, solche Beschimpfungen ausstößt. Nicht das erstmal ist es, daß die „Leipz. Volkszeitung“ über die Gewerkschaftsbeamten herfällt. Es könnte den Gewerkschaftsbeamten schließlich auch gleichgültig sein, was irgend ein Pfaffenhannes, der das Leben und die Arbeiterbewegung nur vom akademischen Sitzplatz aus beobachtet hat und dem es erspart blieb, mitten unter den Arbeitern und mit den Arbeitern aufzuwachen, über die Führer der Gewerkschaftsbewegung zu sagen hätte. Aber hier handelt es sich um ein systematisches Kesseltreiben gegen die Gewerkschaftsbeamten, betrieben von einer ganzen Gruppe von Leuten, die in der Arbeiterbewegung eine Rolle spielen. Leute, deren Kopf voll ist von anarcho-sozialistischen Revolutionsplänen, die von dem Würgen und Kämpfen der Arbeiter da draußen im Leben keine Ahnung haben, die kommen her und beschimpfen die Leiter von Arbeiterorganisationen, die durch das Vertrauen von Hunderttausenden und Hunderttausenden von Arbeitern an die Stelle gestellt wurden, wo sie stehen.“

Der „Steinarbeiter“ meint: „Es ist einfach beschämend, daß ein Parteiblatt in so frivoler Weise die Arbeiterführer beschimpfen kann. Wir haben schon manches von jener Seite „hinuntergewürgt“. Als wir aber obige Stillbungen lasen, da waren wir empört über die „Uns“ angetane Schmach. In diesem Sinne schreibt seit 2 1/2 Jahren die Liebertgarde, und so reden auch mit Vorliebe die Herren Anarchos. Und Herr Leibnis in seinem „gelben“ Bund kann nicht minder triumphieren, denn die „L. W.“ kann er jetzt für seine Verdächtigungen mit großem Behagen und verschämtem Lächeln als Kronzeugen für seine famose Kampfmethode anrufen. Er wäre ein Tor, wenn er sich dieser schätzbaren Hilfe nicht bedienen würde.“

Auch das Leipziger Gewerkschaftskartell hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt, worüber folgendes berichtet wird: „Genosse Mblau teilt mit, daß sich wegen des Zeitartikels in Nr. 135 der „Leipziger Volkszeitung“ eine Aussprache der Gewerkschaftsbeamten nötig gemacht habe. Die in dem Artikel enthaltenen Anwürfe seien in dieser Sitzung einmütig zurückgewiesen und verlanget worden, mit der Redaktion und der Prekominmission der „Volkszeitung“ eine Sitzung abzuhalten. Diese habe am 21. Juni im „Volkshaus“ getagt und seien beide Körperkassen voll erschienen. Redner geht auf den Artikel selbst sowie auf den Gang der Verhandlungen ein und bemerkt, daß das

Resümee dieser Sitzung in einer vorliegenden Resolution, die das Prekominitee in gesonderter Sitzung mit der Redaktion zustande brachte, festgelegt sei. Die vom Prekominitee an den Kartellauschuß übermandete Resolution habe folgenden Wortlaut: „Das Prekominitee hebebar, daß die Leipziger Volkszeitung“ in ihrer Kritik der Beschlüsse des Metallarbeiterverbandstages über die Maifeier Ausdrücke gebraucht hat, durch welche die Stellung der Gewerkschaftsbeamten ihren Mitgliedern gegenüber erschwert worden ist. In eingehender Aussprache mit der Redaktion hat sich das Prekominitee davon überzeugt, daß die Redaktion in Zukunft ähnliche Ausdrücke vermeiden wird. Das Prekominitee ist deshalb der sicheren Hoffnung, daß durch diesen Zwischenfall die gemeinsame Arbeit von Partei und Gewerkschaften in Leipzig auch in Zukunft nicht gestört wird.“

Wir können diese Hoffnung leider nicht teilen. Solange solche revolutionäre Maulhelden, von denen sich manche hinterher als „Alzeus“ entpuppen, in der Arbeiterbewegung eine Rolle spielen und zum Gaudium der Gegner die anders denkenden Genossen mit Straßentrotz bewerkeln, solange kann von einer Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung keine Rede sein.

Wirtschaftliche Rundschau.

Deprimierte Stimmung an der Börse. — Warenpreisindex und Getreidepreise. — Die Deutent in der Landwirtschaft. — Der gewerbliche Beschäftigungsgrad im Mai.

Die Verunruhigung, unter der das wirtschaftliche Leben infolge der Verhandlungen über die Finanzreform leidet, kommt in letzter Zeit vielleicht am deutlichsten in den Börsenberichten zum Ausdruck. Von der beabsichtigten Kötterungssteuer und der im Plenum des Reichstages schon angenommenen Einführung des Umsatzstempels wird eine schwere Schädigung des Börseverkehrs in den Kreisen der Interessenten befürchtet. Die Stimmung in den Börsenkreisen wird als deprimiert bezeichnet, und es wird behauptet, daß schon angesichts der drohenden Gefahr die Aktionisten der Börsenpublikums gelitten habe. Leider sind die Umsätze an den deutschen Börsen statistisch noch nicht erfassbar, obwohl schon längst die Forderung erhoben wird, neben den Preisen auch die Umsätze der gehandelten Effekten zu ermitteln. Eine Nachprüfung, inwieweit der Verkehr in letzter Zeit abgenommen hat, ist also nicht möglich. Nur auf zweierlei sei verwiesen: eine Abnahme der Umsätze im Börsenverkehr selbst im Sommer fast regelmäßig einzutreten, schon weil ein Teil der ständigen Börsenbesucher ihre Tätigkeit an der Börse während der heißen Jahreszeit unterbricht oder stark reduziert. Sodann aber hat neben den Abschwüchungen auf zahlreichen Marktgebieten auf anderen Spezialgebieten doch noch ein sehr lebhafter Verkehr bestanden, der manche Abschwüchungen auf anderen Märkten wieder ausglich. Das führt ein Blick auf unseren jungen Kolonialmarkt, der auf Kosten der naiven Kapitalisten seine Kinderkrankheiten durchzumachen hat. In der letzten Woche stiegen die Anteile der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika an einem Tage von 1425 auf 1950. Das heißt: für 100 Mk. Nennwert zahlte der Käufer am 17. Juni 1909 Mk. Und warum diese weitere exzessive Preissteigerung, obwohl der Kurs schon hoch genug stand? Weil gerichtlich verurteilt, daß 100 Kilometer von der Lüderibucht entfernt ein neues ergiebiges Diamantfeld aufgefunden worden sei. Das genügt, um den Appetit zum Verbienen zu reizen. Obwohl in der ersten Handelspresse vor Uebertreibungen wiederholt gewarnt wurde, ist ein gewisser Teil des Publikums unbeschränkt und läßt sich gebührend das Fell über die Ehren ziehen. Wenn wir nun auch die Behauptung, daß die Umsätze der Börse unter dem Einfluß der drohenden Steuern zurückgegangen seien, nicht nachprüfen können, so steht doch so viel fest, daß das Kursniveau in den letzten Wochen eine Abschwüchung erfahren hat. Stelle sich für die an der Berliner Börse gehandelten Ultimopapiere der Durchschnittskurs am 10. Juni auf 116,20, so ging er bis zum 17. auf 115,95 und bis zum 22. auf 115,76 zurück. Die festverzinslichen Werte allein sanken vom 10. bis 20. Juni von 99,11 auf 99,03, die Dividendenwerte von 142,22 auf 142,13. Vor allem hat der Kurs der deutschen Staatsanleihen gelitten.

Vom Standpunkt des Arbeitsmarktes ist eine rasche Senkung des Kursniveaus durchaus nicht wünschenswert, namentlich sofern von ihr das in der Industrie arbeitende dividendenberechtigte Kapital betroffen wird. Hohe Kurse beeinflussen die Dividendenpolitik in einer den Anteil der Arbeit schmälern Weise. Sie wirken auf den Geldmarkt preissteigernd zurück und lassen das Preisniveau am Warenmarkt nicht unberührt. Für die wirtschaftliche Erholung ist aber noch immer Bedingung, daß der Konsum wieder aufnahmefähiger wird. Steigende Warenpreise würden die Ausbehnung des Konsums hemmen. Infolge des hohen Preisstandes für Brotgetreide im Mai hat aber das Niveau der Warenpreise im Großhandel eine unerwartete Erhöhung erfahren, die auf jeden Fall konsumhemmend wirken müßte, wenn sie sich auf den Detailverkehr übertrüge. Man mißt das Niveau der Warenpreise noch sehr häufig, indem man das arithmetische Mittel aus einer Anzahl Einheitspreisen zieht. Diese Methode ist aber durchaus unwissenschaftlich. Denn es ist ganz klar, daß der Preis einer Ware um so stärker ins Gewicht fällt, je größer ihr Konsum ist und je höher der Einheitswert. Will man die Einwirkung sämtlicher Preisveränderungen auf den Konsum verfolgen, so muß man den Preis jeder Ware im Verhältnis ihres Verbrauchs berücksichtigen. Berechnet man in solcher Weise den monatlichen Warenpreisindex für 17 der im Volkshaushalt wichtigsten Waren, so ergibt sich, daß die Kosten der Konsumeinheit im Großhandel von 5895,80 Mk. im April auf 5962,39 im Mai stiegen. Diese Bewegung verliert etwas von ihrer Schärfe, wenn man erwägt, daß im Vorjahr die Maisteigerung noch erheblicher war. Aber unerfreulich bleibt es doch, daß der Warenpreisindex im Mai dieses Jahres nur noch wenig unter dem Niveau des Vorjahres steht. Die Maisteigerung ist aber fast ausschließlich auf das Konto des Weizenpreises zu setzen; denn während der Anteil des Weizens an einer Konsumeinheit im April erst 797,89 Mk. kostete, stellte sich der Preis im Mai auf 853,06 Mk. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß neuerdings die Weizenpreise etwas zurückgegangen; die Rücksicht auf die noch vorhandenen Vorräte und auf die kommende Ernte zwingt endlich zu einer Umkehr der Haussbewegung. Es hat lange gedauert, bis die Unmöglichkeit der diesjährigen Preissteigerung auf dem Getreidemarkt erkannt war. Noch der letzte amtliche Saatenstandbericht für Deutschland mußte den Preistreibern zur

Stütze ihres Lustigen, aber um so schädlicheren Baues dienen. Dabei sagen die amtlichen Berichte unabweislich, daß eine Gesamternte zu erwarten steht, die über mittel ist. Die Preise sind aber so, als ob wir mit einer unzureichenden Ernte zu rechnen hätten. Auch die Behauptung, daß die Vorräte schon mehr oder weniger erschöpft wären, stellt sich immer mehr als irrig heraus, obwohl es der privaten Handelsstatistik monatlang hindurch gelungen ist, den Schein zu erwecken, als ob in der Tat die Vorräte bis zur neuen Ernte kaum ausreichten.

Wie erheblich noch das Ueberangebot auf dem Arbeitsmarkt trotz der Erholung des gewerblichen Beschäftigungsgrades ist, das zeigt ein Blick auf die diesjährige Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften für die nun beginnende Hochaison. Bekanntlich leidet der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt in den Jahren gewerblichen Aufschwunges unter mehr oder weniger scharfem Lentemangel. Ganz anders in diesem und dem letzten Jahre, wo zwar nach den ziffernmäßigen Nachweisen die gesamte Nachfrage der Landwirtschaft im Durchschnitt des Reiches noch nicht voll, aber doch annähernd gedeckt werden kann. Auf 100 offene Stellen in der Landwirtschaft kamen im April dieses Jahres 97,07 Arbeitssuchende, gegen 77,80 im Jahre 1908 und gar nur 42,42 im Jahre 1907. Freilich dieser Durchschnitt findet sich in der Wirklichkeit nur selten. Wir haben vielmehr Gebiete, in denen das Angebot weit hinter die Nachfrage tritt, während in anderen Gebieten schon ein deutliches Ueberangebot besteht. Das stärkere heimische Angebot von Arbeitskräften bringt es mit sich, daß die Anwerbung von ausländischen Arbeitern im laufenden Jahre geringer bleibt als sonst. Nach bemerkenswerten Erfahrungen in den Kreisen der Arbeitgeber hat sich das Arbeiten mit Ausländern keineswegs immer und überall so bewährt, wie es zum Teil angepriesen wurde. Die Frage der Willigkeit ist wie bei einer Ware, so erst recht nicht bei der Arbeitskraft unter allen Umständen ausschlaggebend. Namentlich wird sehr stark über die häufigen Kontraktbrüche von Ausländern Klage geführt. Die statistischen Zusammenstellungen über Kontraktbrüche in landwirtschaftlichen Betrieben spiegeln indes nur die Ansichten der Arbeitgeber wieder und können, selbst wenn sie noch so zuverlässig aufgenommen sind, kein einwandfreies Bild liefern. Dazu wäre notwendig, nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die in Frage kommenden Arbeiter zu hören und vor einer unparteiischen Instanz festzustellen, durch wessen Schuld das Vertragsverhältnis gelöst wurde. In sehr vielen Fällen dürfte die Schuld namentlich die gewerkschaftlichen Vermittler treffen.

Auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt hat der Mai infolgedessen eine weitere Erleichterung gebracht, als die Vorkenntnisse wieder stärker als in den beiden Vorjahren zugenommen haben. Die Erholung des gewerblichen Beschäftigungsgrades hält an. Nach der Statistik der Statistiken hat die Zahl der Mitglieder vom 1. Mai bis zum 1. Juni im laufenden Jahre um 1,14 Prozent zugenommen, gegen 0,90 Prozent im Vorjahre. Die Zunahme ist nicht erheblich, aber einmal hat die Steigerung trotz der starken Zuwachsrate im April auch während des Monats Mai noch angehalten, sodann ist zu erwägen, daß während der Sommermonate der gewerbliche Beschäftigungsgrad stets eine Neigung zur Ermattung bekundet. Bis zum Herbst ist daher an eine stärkere Zunahme der gewerblichen Beschäftigten nicht zu denken. Von den verschiedenen Gewerben ist es vor allem das Baugewerbe, in dem die Arbeitsgelegenheit im laufenden Frühjahr wieder ganz erheblich zugenommen hat. Wenn dies noch nicht überall erkannt ist, so liegt es daran, daß die Besserung sich nicht auf alle Gegenden und Plätze gleichmäßig erstreckt. Aber eine allgemeine Verteilung muß die Schattenseiten gegen die Lichtseiten abwägen, und da ergibt sich zweifellos eine wesentliche Besserung der Baulätigkeit gegenüber dem Vorjahr. Das kommt auch in den Ergebnissen der Arbeitslosenrechnungen zum Ausdruck, soweit sie schon für die jüngste Zeit vorliegen. Wir möchten hier nur auf die Ergebnisse der Maiabrechnung hinweisen, die z. B. vom Maurerverbande schon vorliegen. Danach ist die Zahl derer, die wegen Arbeitsmangel feiern mußten, von 16,63 Proz. Ende März auf 2,30 Proz. Ende Mai gesunken. Das ist eine Abnahme, die eben nur zu erklären ist, wenn inzwischen die Baulätigkeit an Umfang und Intensität wieder wesentlich gewonnen hat.

Berlin, 27. Juni 1909. Rich. Calwer.

Kunst, Wissen und Moral im Klassenstaat.
(Eingefandt).

Glücklich, dreimal glücklich sind die zu preisen, die ihre Geburt zugleich über die unteren Stufen der Menschheit hinaus hebt, die durch jene Verhältnisse, in denen sich so manche gute Menschen die ganze Zeit ihres Lebens abängstigen, nicht durchzugehen, auch nicht einmal als Gäste darin zu verweilen brauchen. Allgemein und richtig muß ihr Blick auf dem höheren Standpunkte werden, leicht ein jeder Schritt ihres Lebens! Sie sind von Geburt an gleichsam in ein Schiff gesetzt, um bei der Ueberfahrt, die wir doch alle machen müssen, sich des günstigen Windes zu bedienen und den widrigen abzuwarten, anstatt daß andere nur für ihre Person schwimmend sich durcharbeiten, vom günstigen Winde wenig Vorteil genießen und im Sturme bald mit erschöpften Kräften untergehen. Welche Bequemlichkeit, welche Leichtigkeit ergibt ein angeborenes Vermögen! und wie sicher blüht ein Handel, der auf ein gutes Kapital gegründet ist, so daß nicht jeder mißlungene Versuch zugleich in Untätigkeit verfehlt! Wer kann den Wert oder Unwert irdischer Dinge besser kennen, als der sie zu genießen von Jugend auf in der Lage war, und wer kann seinen Geist früher auf das Notwendige, das Nützliche, das Wahre leiten, als der sich von so vielen Irrtümern in einem Alter überzeugen muß, wo es ihm noch an Kräften nicht gebricht, ein neues Leben zu beginnen.

Diese oder ähnliche Worte wird sich schon mancher Kunstfreund aus Arbeiterkreisen gesagt haben, dem es doch so unendlich schwer ist, sich einmal einen wirklichen Kunstgenuss zu verschaffen. Kunstgenuss! Was ist's? Wenn an ein kunstgeübtes Ohr die Töne eines schönen Liedes klingen; wenn es dem Bühnenkünstler gelingt, vor unserm Auge die tiefsten seelischen Empfindungen zur Darstellung zu bringen; wenn es dem Maler, dem Bildhauer gelingt, mit Pinsel oder Meißel die herrlichsten Schöpfungen der Natur hervorzuzaubern, dann empfinden wir einen Genuss, nicht für Stunden oder Tage, nein, für immer, die Seele des Menschen empfindet gleichsam einmal volle Befriedigung. Wahre Kunst aber zu genießen ist auch eine Kunst, die

gelebt sein will. Die Werte des Genies können nur von dem gereiften Verstande richtig geschätzt werden, und oft gehört sogar eine große Erfahrung und Lebensweisheit dazu.

Dem Arbeiter, überhaupt dem weniger künstlerisch Gebildeten, wird es oft schwer sein, Echtes vom Unwerten zu unterscheiden; wer jedoch Gelegenheit hatte, zu sehen, mit welchem Enthusiasmus gerade diese das wenige ihnen Gebotene genießen, müßte sorgen, daß auch ihnen die Möglichkeit wird, ihr Urteil zu bilden. Der Staat jedoch, der ansehnliche Summen aufwendet für Theater, Galerien und Museen, vergißt es, auch den wenig Bemittelten Lehrer und Führer zur Seite zu stellen. Vorlesungen und Vorträge in Kunsthallen und Ausstellungen werden fast nur an sogenannten „Honorarientagen“, d. h. an Tagen, die ein erhöhtes oder doppeltes Eintrittsgeld bedingen, gehalten. Der feinsinnigen Kritiker und Kenner aber, die es wagen, zum „Volk“ herabzujagen, sind es leider nur wenige. Zwar werden Kunstfragen stets Fragen des persönlichen Geschmacks sein; nach eifrigem Studium der Kunstgeschichte wird es, geleitet von tüchtigem Lehrer, manchem möglich sein, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Wer jedoch dem bekannnten Lehrjah huldigt: „Kunst, die sich außerhalb der von mir gezogenen Grenzen bewegt, ist keine Kunst“, ist als Lehrer der Arbeiter am wenigsten geeignet; frei sei die Kunst und frei und unabhängig ihre Lehre!

Weit mehr noch als beim Genie des künstlerischen Meisterwerke zeigt sich die Bevorzugung der bestehenden Kreise beim Studium der allgemeinen Wissenschaften. Nicht nur, daß für den Sohn des Armen einzig die Volksschule, für den reichen Sprößling jedoch von Anfang an eine höhere Lehranstalt geöffnet ist, Lehrgang, wie auch Methode und Inhalt des Erlernen sind grundverschieden. So ist z. B. der obendrein noch sehr byzantinisch zurechtgestrichene Geschichtsunterricht der Volksschule einzig ein Festhalten von Daten der vaterländischen Geschichte, wobei die Behandlung einzelner Zeitepochen noch oft sehr weit von der Wahrheit abweicht, in höheren Schulen jedoch wird nicht nur ein weniger tendenziös gefärbter Unterricht erteilt, es wird auch die Geschichte des Auslandes eingehend behandelt und ist es darum dem aufmerksamen Hörer bedeutend leichter, sich ein besseres, richtigeres Bild zu machen. Der Lehrer ist selbstverständlich hieran unschuldig, ja manchem wird es schwer sein, in einer Stunde die Worte Gallilai's: „Und sie bewegt sich doch!“, in der nächsten die Wunder Moses und des Jungfrauensohnes seinen Schülern zu erläutern. Aber gerade hierdurch wird oft ein Resultat erzeugt, das keineswegs gewollt war. Nach Abschließung eines gewiß nicht schweren, geradezu zur Denkfähigkeit verurteilenden Examinens ist der Bildungsgang des Reichen oft sehr oft abgesehen, gilt er doch in den Augen seiner Klassenangehörigen als Gebildeter, der ehemalige Volksschüler, der die Lücken seines Wissens empfindet und alsdann im steten ernstlichen Streben auszufüllen sucht, bildet sich jedoch, da sein Ringen nach Erkenntnis durch den Kampf ums Dasein sehr erschwert wird, allerdings erst verhältnismäßig spät, eine Lebensanschauung, die von der des Ersteren durch eine breite, schwer zu überbrückende Kluft getrennt ist. Geistliche, die doch gewiß die Werte eines Kant, eines Spinoza während ihrer Studienjahre gelesen haben, sie wagen es noch heute, im Zeitalter des Gentballons, die Welt als Schöpfung eines einzelnen Willens zu schildern. Kirchenstricken waren es, die zuerst die Entwicklungslehre Darwins ablehnten, indem sie ihn als Menschen bezeichneten, dessen höchster Stolz es sei, vom Affen abzustammen! Darf man da noch von Bildung, darf man da überhaupt noch von Moral sprechen? Nein und tausendmal nein! Bildung und Moral lassen es nicht zu, die Werke eines andern durch solche Kritik in das genaue Gegenteil zu verdrehen, wahre Bildung und Moral verbieten es, daß, was andre in jahrelangem Forchten als wahr erkannt haben, ungeprüft zu verdammten.

Dies alles ist eine der Hauptursachen, daß sich die Anhänger der modernen Wissenschaften und Forscher in erster Linie rekrutieren aus den gebildeten unteren Bevölkerungsschichten. Und mit Recht! Denn das feilliche Empfinden, das Innere im Menschen muß sich empören gegen die Moralgebarne der herrschenden Kreise. Auch das Christentum lehrt Solidarität und Humanität zu üben; wer aber das Gute tut oder predigt aus Berechnung auf den Lohn im Himmel, der kennt keine Moral, sondern handelt im Gegenteil höchst unmoralisch. Die „höhere Tochter“, die sich erbtend abwendet von dem Mädchen, das sich im aufsteigenden Naturtrieb dem Geliebten hingibt und ein Kind von ihm empfängt, sie läßt sich gern von dem reichen Verführer den Hof machen; die Damen, die Arm in Arm lustwandeln mit den Matressen ihrer Männer, sie verdammten das Weib, das durch Not und Elend gezwungen wird, auf die Straße zu gehen!

Das ist trostlos, wird mancher sagen, welchen Wert hat dann das Leben?

Weil es, trotz alledem, schön ist zu leben! Weil ich das Gute tun kann um des Guten willen, weil ich das Wahre suchen und das Schöne genießen kann und will! Weil die ganze große Welt uns offen steht, darin seiner Eigenart nachzuleben, weil es im Verein mit Gefinnungsgenossen möglich ist, das Leben besser, menschenwürdiger zu gestalten. Schon ist der Weg dazu gefunden, schon weiß jeder, daß es die Klassenunterschiede im Staate sind, die unser Dasein erschweren. Darum Kampf, unermüdlicher Kampf dem Klassenstaat. Ludw. Delz.

Lobbewegung.

Zugang ist fernzuhalten nach: Guxhagen, Elmshorn, Oldenburg (Großh.) und Wilsen a. d. Luhe.

Bitterfeld. Ueber die Werkstelle Mörk wurde die Sperre verhängt.

Sperren, über die innerhalb vier Wochen nicht berichtet wird, werden aus dieser Bekanntmachung gestrichen.

3. Bezirk.

Elmshorn. Welch traurige Subjekte es unter den Streikbrechern gibt, davon ein Beispiel. Ein aus Tilsit gebürtiger Maler vernimmt in Hamburg vom Streik in Elmshorn, beseht seinen Trauring und bringt zwei andre Kollegen, gleichfalls Tilsiter, mit nach hier, um zu arbeiten. Im Verlehr der Maler in Elmshorn wird ihm die Situation klargestellt und er erklärt, sofort abreißen zu wollen, geht dann aber zum Sünungs-Obermeister und

nimmt Arbeit an, versucht aber erst noch vorher, den Vorsitzenden des Sozialdemokr. Vereins auszuforschen. Auch diesem erklärt er, abreißen zu wollen. Er war es jetzt gewahr geworden, daß, wenn er mit seinen Kollegen abreiste, er nur seine selbstverständliche Pflicht als Arbeiter zu Gunsten der Ausgepörrten tun würde. Er glaubte aber, jetzt Kapital daraus zu schlagen und verlangte in unserer am 3. Juli stattgefundenen Versammlung freie Reise nach Tilsit, dann wolle er anfahren. Da dies Subjekt schon vorher immer auf den Verband und den Vorstand geschimpft, wurde ihm sein Wunsch selbstverständlich abgelehnt und mußte er unverrichteter Sache abziehen. Ein solches Individuum, sein Name ist uns nicht bekannt, kann uns hier am Ort nicht schaden. In derselben Versammlung erschien ein junger Kollege, der vor kurzem erst ausgereist hatte. Er ließ sich in den Verband aufnehmen und erklärte, anderswo in Arbeit treten zu wollen. Ein schönes nachahmenswertes Beispiel lieferten auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der hiesigen Spinnerei. Zwei bei Josias Matthies beschaftigte Streikbrecher sollten Arbeiten in der Fabrik ausführen. Sofort legten sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Die Maschinen standen still. Erst als die Fabrikleitung erklärte, die Maler sollten sofort verschwinden, nahmen sämtliche Arbeiter die Arbeit wieder auf. Unsere Forderungen, 14stündige Arbeitszeit und 56 s Minimallohn, wollten die in Betracht kommenden Meister wohl schon bewilligen, aber diejenigen unter ihnen, die Interesse am Streik verspüren, und auch diejenigen, die keine Gehilfen haben, sind die heftigsten Gegner des Friedens. Den Streikbrechern, die zuletzt angefangen, wurden die 56 s Lohn schon bezahlt. Ein Zeichen, daß man wohl zahlen kann, wenn man nur will. In vier Werkstellen wurden unsere Forderungen bewilligt.

4. Bezirk.

Duer i. W. Der christliche Verband als Kampfgemeinschaft! Auf eine eigenartige Weise ist der in Duer in Westf. ausgebrochene Streik unserer Kollegen beendet worden. Der Streik war von den in Duer (ein gut katholischer Ort) die Mehrheit bildenden christlich organisierten Kollegen beschlossen worden. Unsere Kollegen, neun an der Zahl, erklärten sich solidarisch, und es wurde in einer gemeinschaftlichen Versammlung beschlossen, daß beide Organisationen den Kampf durchsetzen und daß er nur mit Zustimmung beider Körperschaften beendet werden solle. Bereits nach 14wöchiger Dauer des Streiks machte sich unter den Christlichen eine Kampfunlust bemerkbar, die unsern Kollegen zu denken gab. Am Freitag dem 25. Juni hat Malcher seine Kollegen, die unbedingt die Arbeitsaufnahme verlangten, doch noch bis Montag dem 28. Juni zu warten, da bis dahin die „Sache geregelt sei“. Es hat dann am Montag abend eine Versammlung der Arbeitgeber stattgefunden, die jedoch zu keinem greifbaren Resultat führte, da die erwarteten Arrangements, Herren Wenner und Malcher, nicht erschienen. Wahrscheinlich unterblieb die Teilnahme der beiden Herren, weil man in Erfahrung gebracht hatte, daß der Vertreter unseres Verbandes teilzunehmen beabsichtigte. Ganz im Geheimen, ohne daß den Streikenden irgend welche Mitteilung gemacht wurde, vereinbarte der christliche Vorsitzende telephonisch mit den Arbeitgebern für den folgenden Tag (Dienstag) eine neue Versammlung. Nur durch Zufall erhielt unser Vertrauensmann Kenntnis von dieser Versammlung, jedoch zu spät, um dem Vorsitzenden in Essen davon Mitteilung machen zu können. Malcher hatte seinen Zweck, die Ausschaltung unseres Verbandes, erreicht, und der Berrat konnte in aller Ruhe getätigt werden. Ehe M. zur Arbeitgeber-Versammlung ging, teilte er seinen Mitgliedern mit, sie möchten im Streiklokal auf ihn warten, da heute die Sache zum Abschluß käme. Wie und wo, davon erzählte er nichts. Trotzdem eine aus Mitgliedern beider Verbände bestehende Lokalkommission vorhanden war, machte sich M. an, die Sache allein und unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu regeln. Trotzdem immer noch zwei Streikende von unserm Verbände vorhanden waren und trotzdem vereinbart war, daß beide Verbände gemeinschaftlich den Lokalkampf zu Ende führen sollten, diese verätherische Handlungsweise. Nach Schluß der oben erwähnten Versammlung kam M. freudestrahelnd ins Streiklokal und legte einen von ihm und den Arbeitgebern unterzeichneten Brief, genannt Tarif, vor, gleichgültig den Streik als beendet erklärend. Unserm Vertrauensmann blieb nur weiter nichts übrig, als sich dem zu fügen, da die christlichen Kollegen, wie gesagt, längst kampfesüde waren. Zur Erbauung unserer Mitglieder lassen wir den von M. abgezeichneten „Tarif“ hier folgen:

Duer, den 28. Juni 1909.

Die Vereinigung der selbständigen Maler und Kunststreichermeister von Duer und Umgegend sind dem Arbeitgeber-Verbande von Rheinland und Westfalen beigetreten und werden am 1. Januar 1910 gemeinsam den allgemeinen Tarif unter den örtlichen Verhältnissen ausarbeiten und sich demselben anschließen.

Eine kleine Lohnerhöhung für die Streikenden soll nach Aufnahme der Arbeit erfolgen. Eine Veröffentlichung in den Zeitungen soll folgenden Wortlaut haben: Der Streik der Maler ist aufgehoben, da eine Verständigung erzielt worden ist. Maßregelungen dürfen gegenseitig nicht stattfinden; sollten Differenzen entstehen, so hat, ehe Maßnahmen getroffen werden, vorher eine Aussprache zwischen dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes und dem der Gehilfenorganisation stattzufinden. Vorstehende Anordnungen wurden getroffen, anerkannt und unterschrieben.

Duer, den 29. Juni 1909.

Für die Arbeitgeber: J. Neufkirchen.

Für die Arbeitnehmer: Jos. Malcher.

Aus vorstehendem „Tarif“ geht also hervor, daß es M. gelungen ist, die Arbeitgeber von Duer dem Arbeitgeberverbande zuzuführen. Ein agitatorisch nicht hoch genug zu veranschlagender Erfolg, auf den der „Arbeiterführer“ M. stolz sein kann. Hoffentlich wird der Arbeitgeberverband dieser erfolgreichen Agitation seine Anerkennung nicht vorenthalten. Weiter wird den Streikenden eine kleine Lohnerhöhung nach Aufnahme der Arbeit zugesprochen. Wohlgerneht nur den Streikenden, sieben an der Zahl. Wie diese „Lohnerhöhung“ ausfallen soll und wie hoch sie sein soll, davon schweigt des Sängers Höflichkeit. Der Bericht an die Presse ist ebenfalls festgelegt, natürlich nur aus dem Grunde, damit der „Tarif“

nicht in die Öffentlichkeit kommt. Daß der „Deutsche Maler“ die „Verständigung“ seinen Lesern unterbreitet, ist nicht zu erwarten, denn über solche Blamagen und Verätherien schweigt sich das Mätzchen aus. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Jedoch haben die Arbeitgeber kategorisch erklärt, den christlichen Ortsvorsitzenden Weume und einen weiteren christlichen Kollegen, den Vertrauensmann Winkelhorst, unter keinen Umständen mehr beschäftigen zu wollen. Und Malcher hat dem in christlicher Demut zugestimmt. Und dann unterzeichnet man: Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Welch ein Hohn!

M. vertritt später den gemäßigten Ortsvorsitzenden, der Familienvater ist, damit, daß er ihm die Anzugskosten vergütet werde.

Der Schlußsatz: Vorstehende Anordnungen usw., besagt also, daß M. mit angeordnet hat, daß die Arbeitgeber sich dem Arbeitgeberverbande anzuschließen haben, weiter hat M. angeordnet, daß zwei seiner Mitglieder gemäßigter werden und daß der freie Verband „mir zu sagen“ hat. Der Arbeitgeberverband wird an diesem christlichen Unordner seine helle Freude haben. Diese Handlungsweise des christlichen Zentralvorsitzenden gibt aber auch allerhand Vermutungen für die kommenden allgemeinen Tarifverhandlungen Raum. Die Dreistigkeit des M., für die Arbeitnehmer allgemein zu unterzeichnen, ist auch nicht von Rappe. Von unsern streikenden Kollegen ist M. nicht ernüchtert worden, für sie irgend welche Abmachungen zu treffen, und kann diese Annahme nur als grobe Unberücksichtigung bezeichnet werden. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, den Zentralvorsitzenden des christlichen Verbandes, der seine eigenen Mitglieder maßregeln hilft, ins richtige Licht zu rufen.

Aus unserer Bernfe.

Verunsfall. In der Maschinenbauschule zu M t o n a stürzte am 3. Juli der Malergehilfe Stamm von einem Gerüst herunter und zog sich schwere Verletzungen zu. Die Sanitätskolonne der Feuerwehr brachte den verunglückten Kollegen nach dem städtischen Krankenhaus.

Tarifdurchbrechung und Submissionswesen. Veranlich wurde auch im vorigen Jahre in Coblenz ein Tarifvertrag auf der Grundlage des Normaltarifs abgeschlossen und darin ein Stundenlohn von 41 s für Gehilfen über 20 Jahre und 35 s unter 20 Jahre vereinbart. Man sollte nun meinen, daß dieser Lohn, der bei den teuren Lebensverhältnissen in Coblenz noch als recht „minimal“ zu bezeichnen ist, auch von allen Arbeitgebern und in erster Linie von denjenigen, die den Vertrag mit abgeschlossen haben, eingehalten werde. Doch weit gefehlt! Gerade die größte Firma hier am Plake, S. Kraef, zahlte schon im vorigen Jahre, gleich nach dem Abschluß, unter dem tariflichen Lohn und auch in diesem Jahre seit sie dieses tarifbrecherische Treiben fort und zahlte an circa 8 bis 10 Kollegen über 20 Jahre Stundenlöhne von 37, 38, 39 und 40 s. Von der Tarifüberwachungskommission ist Herr N. schon im vorigen Jahre zur Bahlung der tariflichen Löhne aufgefordert worden; auch in diesem Frühjahr ist dieselbe Aufforderung an ihn ergangen und selbst der Gewerkschaft des Arbeitgeberverbandes hat es an den diesbezüglichen Ermahnungen nicht fehlen lassen. Doch vergebens, Herr N. zahlte eben nicht tariflich und preist auf die ganzen tariflichen Instanzen! Er brachte es sogar fertig, sich von den betr. Gehilfen unterschrieben bestätigen zu lassen, daß sie mit dem „geringeren Lohn“ einverstanden seien. Wie mag eine solche Unterschrift zu Stande gekommen sein? Von Gehilfen werden sich die Kollegen dazu nicht angeboten haben! Immerhin wäre von den Kollegen zu erwarten gewesen, daß sie ein solch nichtswürdiges Ansehen in ganz energisch zurückgewiesen hätten. Aber Herr N. kennt seine Leute schon, bei jedem macht er das nicht, aber hilf- und willenlos wie der inorganisierte Kollege ist, unterschreibt er selbst die Verflechtung seines Einkommens. Daß nun bei solchen systematischen Tarifdurchbrechungen das Submissionswesen die trüglichen Blüten zeitigt, liegt für jeden Kenner klar auf der Hand. N. leistet auf diesem Gebiet schon seit Jahren nebst anderen bekannten Firmen (Dirksen-Hannover ungläubliches im Unterbieten. Bei der kürzlich stattgefundenen Submission zur Vergabung der Arbeiten am Lehrerinnenseminar in Coblenz machte die Firma Henning und Witte-Düsseldorf ein Angebot von 9758 M., die Genossenschaft der Maler- und Anstreichermeister von Coblenz von 7261 M., die Firma S. Kraef von 6043 M. und Dirksen von 5811 M. Der Vorkaufschlag soll sich zwischen 12-13000 M. bewegen. Den Zuschlag erhielt Kraef; er war also noch 17 Proz. billiger als die Genossenschaft, die sicherlich auch schon die äußersten Preise angefeht hatte. Was sagen die Behörden hierzu? Es wäre sicherlich Pflicht der bauenden Behörden, in diesem Falle der Staatlichen, darauf zu drängen, daß die den Zuschlag erhaltenden Firmen auch die Tarifverträge einhalten, denn sonst hat die ganze Tarifverpflichtung keinen Zweck. Eine andre Frage ist auch, ob durch solche Schleuderpreise nicht die Qualität der Arbeit erheblich beeinträchtigt wird?

Am 28. Juni beschäftigten sich nun unsere Kollegen in einer Versammlung wiederum mit den Zuständen bei der Firma Kraef. Nachdem der Kollege Zimmermann eingehend die Sachlage geschildert, nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, worin sich die Versammelten verpflichten, mit allen zulässigen Mitteln, gegebenenfalls mit Verhängung der Sperre, die Durchführung des Tarifs zu erkämpfen. An den Kollegen von ganz Coblenz, insbesondere aber an denjenigen bei der Firma Kraef (der inzwischen aus dem Arbeitgeberverband ausgestiegen ist, nachdem sein Ausschluß bevorstand), wird es nun liegen, dafür zu sorgen, daß diesem tarifbrecherischen Treiben ernstlich Einhalt geboten wird. Das wird möglich sein, sobald die Kollegen in ihrer großen Mehrzahl den Weg in den Verband, der ihnen schon so oft gezeigt worden ist, gefunden haben. Darum auf, Ihr Kollegen von Coblenz, laßt nicht länger und tretet dem Verbände bei, damit Herrn N. die einzig richtige Antwort auf sein Treiben alsbald gegeben werden kann!

Verichtigung. Von S. Hillig wird uns mitgeteilt, daß es in seinem Handschreiben nicht „festbesolbet“, sondern „festbesolbet“ geheißen habe.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Mitgliederstand der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908. Nach einer aus den Jahresberichten und Abrechnungen der einzelnen Verbände gewonnenen Zusammenstellung — die eigentliche Organisationsstatistik der Gewerkschaften erfolgt erst demnächst — haben die Gewerkschaften eine absolute Abnahme von 72 284 Mitgliedern für das Jahr 1908 zu verzeichnen. Die diesmalige Krise hat darnach weit schärfer auf die Gewerkschaften eingewirkt als die letzte Wirtschaftskrise 1901/02. Damals trat in einem Krisenjahre ein Rückgang ein; aber er betrug (1901) im Jahresdurchschnitt nur rund 3000 Mitglieder. Dagegen war 1900 sowohl wie 1902 eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Ähnlich so scheint die diesmalige Krisenperiode zu verlaufen. Im ersten Krisenjahre (1907) hatten die Gewerkschaften von Jahresabschluss zu Jahresabschluss eine Mitgliederzunahme von 73 853. Im Jahre 1908 ist im 4. Quartale ein Rückgang von 75 183 Mitgliedern gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres zu verzeichnen.

Welchen Einfluß die Krise auf die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften hat, dafür ist geradezu typisch der Rückgang der Mitglieder in den Bauorganisationen; sie allein haben 37 718 Mitglieder verloren, darunter die Maurer 17 449, die Bauhilfsarbeiter 15 789; die Zimmerer verloren nur 4172 Mitglieder. Geringere Verluste in absoluten Zahlen hatten die kleineren Gewerkschaften der Dachdecker und der Stukkateure, während die Steinseher ihre Mitgliederzahl ziemlich hielten, die Maler sogar eine Zunahme von rund 500 zu verzeichnen hatten.

Außer im Baugewerbe war der Mitgliederverlust im Textilgewerbe am größten; die Textilarbeiterorganisation verlor 23 320 Mitglieder. Beide genannten Industriegruppen tragen demnach von der verminderten Mitgliederzahl von 72 284 allein rund 61 000. In der Metallindustrie hat der Metallarbeiterverband mit 362 073 Mitgliedern seinen Mitgliederstand so ziemlich gehalten, der Verlust von 1351 Mitgliedern trifft fast ausschließlich den Schmiedeverband, während die Maschinisten, Kupfer- und Eisen- und Schiffszimmerer kleine Zunahmen zu verzeichnen haben. Im Handels- und Transportgewerbe ist ein Mitgliedererückgang von 1156 zu verzeichnen. Die Bergarbeiter beziffern bei einer Mitgliederzunahme von rund 1000 ihre Mitgliederzahl auf 12 513. Größere Mitgliederverluste zählt noch die Bekleidungsindustrie mit 3778, die Holzindustrie mit 4579, die Industrie der Steine und Erden mit 6576 Mitgliedern. Am besten haben sich die polygraphischen Gewerbe und die sonstigen Berufe gehalten, die eine nicht unbedeutende Zunahme aufweisen. Anzunehmen ist hier, daß der gute Ausbau der Organisation und die allgemeine tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses im Buchdruck- sowie im Lithographie- und Steindruckgewerbe dazu beigetragen hat.

Die Ergebnisse des Krisenjahres 1908 sind trotz der immerhin erheblichen Mitgliederabnahme keineswegs niederdrückend. Bei dem großen Zustrom der Mitglieder in den vorausgegangenen Jahren war es selbstverständlich nicht möglich, diesem Mitgliederstand in dem vorausgegangenen Krisenjahre zu halten. Wenn trotzdem relativ eigentlich ein geringer Mitgliedererückgang eintrat, so zeugt dies von einer großen Festigkeit der Gewerkschaften.

Das Jahr 1909 läßt eine allgemeine Aufwärtsbewegung erhoffen. Reigen doch die vorliegenden Abrechnungen von fünf Verbänden für das erste Quartal eine Mitgliederzunahme. Nege Agitation aller Gewerkschaftsmitglieder wird dazu beitragen, die Scharte, die das Krisenjahr 1908 den deutschen Gewerkschaften geschlagen hat, nicht nur auszuweichen, sondern die Reihen zu verstärken und die Schlagfertigkeit unsrer Gewerkschaften zu erhöhen.

Eine arge Begriffsverwirrung kann man heutzutage im öffentlichen Leben überall beobachten. Als vor mehr als 100 Jahren das Wort geprägt wurde „Noblesse oblige — Adel verpflichtet!“ sollte damit gesagt werden, daß die Angehörigen des Adels, die auf Grund ihrer Geburt größere Achtung genießen und größere Ansprüche stellen, als die „gewöhnlichen“ Sterblichen, dadurch die Verpflichtung übernehmen, der Allgemeinheit Opfer zu bringen. Und wie liegt die Sache heute? Die Adligen erheben noch heute den Anspruch auf allerlei Vorrechte und sie wollen mehr sein als andre Leute, aber sie sträuben sich gegen die Übernahme von Pflichten materieller oder ideeller Art. In ihren Augen hat der obige Satz die Bedeutung: „Adel verpflichtet — die andern Menschen zu allen möglichen Zahlungen und Dienstleistungen, die Adligen selbst haben nur Rechte, aber keine Pflichten. Ebenso verhält es sich mit dem Ausdruck: „Die staats-erhaltenden Gruppen und Parteien“. Auch hierunter sind nicht Leute zu verstehen, die den Staat durch ihre Steuern und ihre Tätigkeit erhalten, sondern solche, die sich vom Staat erhalten lassen oder die vom Staate Liebesgaben und Ertragsprostitute erhalten wollen. Und die „Stützen des Staates, die Stützen von Thron und Altar“ — was sind das für Leute? Es sind solche, die den Staat als Stütze für ihre selbsttätigen Interessen ausüben, die Religion und Fürstenmacht benutzen, um damit ihre materielle Hebermacht zu stützen. Oder betrachten wir einmal die „nationalen Parteien“, die die Vaterlands- und Erbacht genommen haben und die auf die „vaterlands-losen Gefellen“ schimpfen. Es sind das schlaue Geschäftsleute, die am Vaterlande Geld verdienen, während die sogenannten Vaterlandslosen das Vaterland durch ihre Arbeit reich und stark machen. So beobachtet man überall eine arge Begriffsverwirrung und heraus erklärt es sich, daß all die schönen Worte, die die oberen Schichten im Munde führen, bei der Masse des Volkes jeglichen Kredit verloren haben.

Mannesmut und Ueberzeugungstreue! In der Zeitung „Der deutsche Bäcker- und Konditoreigehilfe“, die von dem Gelbe der Meister ausgeht und deshalb auch im Sinne des Ausbeutertums redigiert wird, lesen wir folgenden charakteristischen Brief: „Geehrter Herr Redakteur! Es ist notwendig, daß der ordnungsliebende Mensch sich keines Verwehens erinnert und gerade hier am Orte wird's Zeit mit der Bekämpfung des sozialdemokratischen Verbandes. Schreiber dieses gehört innerlich längst dem Bunde, äußerlich jedoch als Zwangsmitglied dem Verbande an. Ich arbeite in einer Bäckerei, wo außer mir noch 5 Verbändler beschäftigt sind. Die letzteren bedeuten mir vor 2 Jahren in nicht mißzuverstehender Weise, daß ich nicht aufnehmen lassen müsse, sonst könnten sie nicht mehr

mit mir zusammen arbeiten.“ Ein Genosse stand mit den von ihm gewerkschaftlich vertretenen Weizenmältern schon von weitem — und ich war Genosse, monarchiefreundlicher Qualität! Durch die Drohung mit der Kante, der Drohung der Arbeitslosigkeit erzieht und erzwingt man sich also die Mittäpfer für „Wahrheit, Recht und Freiheit“. Im Interesse der Freiheit des einzelnen sowohl wie des ganzen Volkes liegt es, daß die Möglichkeit, einen derartigen Terrorismus auszuüben, jeuer Handvoll Sozialdemokraten genommen wird; das kann vorläufig nur die junge, frische Kraft des auch hier aufblühenden Bundes deutscher Handwerks-treue und unverfälschter Vaterlands- und Heimatliebe. Diese wird schnell fertig werden mit jenem bankrotten Teil, welchen wir bezeichnen als ein von der zerfallenden Agitation des Bundes zurückgebliebenes Leberbleibel des einst so stolzen „Zentralverbandes deutscher Bäcker“.

Mit höflichem Gruß

Ein Kollege, der mehrere Munde abzupeifen hat, der seinen Namen nennen wird, sobald die Macht des Verbandes eine gebrochene ist und man sich ohne Gefahr ums tägliche Brot im Sinne eigener Ueberzeugung hetätigen darf.

Man würde diesem Geschreibsel zu viel Ehre antun, wenn man es kritisieren wollte. Es kann nur zweifelhaft sein, ob die Dummheit oder die Feigheit dieses Kammerkerks etelhafter ist. Der Mann paßt unter die Gelben, denen er innerlich längst angehört. Er wird eine Herde der gelben Sippchaft werden. Glückauf!

Das Ende des Streikbrechers. Im vorigen Jahre leistete in Darmstadt der Tapezierer Fr. K. Brocks bei der Firma Wiskert Streikbrecherdienste. Welcher Natur nun solche Elemente sind, denen von Staats wegen ein ganz besonderer Schutz für die Verräterdienste ihren Arbeitsbrüdern gegenüber zuteil wird, das zeigte sich kürzlich in der Verhandlung vor dem Schwurgericht Starckenburg. Brocks war wegen Totschlags des Metzgermeisters Wagner angeklagt und bereits 4 mal vorbestraft wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruchs usw. Er kam mit Wagner in Streit, weil letzterer Möbel einbehielt, die einer Frau gehörten, mit der Brocks zusammengeohnt und gelebt hatte. Brocks zog den Revolver und schoß Wagner nieder. Fast überall rüffet man ja mit Vorliebe die Streikbrecher mit Revolvern aus und daß diese Elemente es an der nötigen Ausbildung mit der Schusswaffe nicht fehlen lassen, darüber kann die Arbeiterpresse bezeichnenderweise nur zu oft berichten. Der Staatsanwalt bezeichnete den Brocks als ein verkommenes, unnützes Subjekt, einen feigen, hinterlistigen, wüsten Gesellen, der seinen Haß und seine Rachsucht nicht zügeln könne. Mildernde Umstände wurden verweigert und Brocks zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Wirklich saubere Elemente, auf deren Hilfe die Unternehmer sich stützen!

„Christliche“ Arbeiterführer. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das Organ des Zentrumsabgeordneten und christlichen Gewerkschaftsführers Wiesberts, kämpfte bis vor kurzem unentwegt für die Erbschaftsteuer. Bekannt ist auch die von sozialen Gefühlen geleitete „Arbeiterfürsorge“ der „christlichen“ Arbeiterführer Schiffer, Wiebeberg, Becker, Schirmer und des ganz besonders christlich-sozialen Behrens. Man dürfte erwarten, daß diese Herren die durch die Finanzreform gebotene Gelegenheit zur Betätigung ihrer sozialen Gefühle eifrig wahrnehmen würden. Wiesberts, Schiffer und Wiebeberg sind in Bergarbeiterbezirken gewählt, täglich nehmen diese Bergarbeiter Staffee in Blechkannen zur Arbeit mit, um sich in der Grubenhitze durch kalten Staffee Kühlung zu schaffen. Wie nahe lag es da, daß die Bergarbeitervertreter gegen jede Erhöhung des Staffeezolls stimmen. Erblickte das Zentrum in den christlichen Gewerkschaften mehr als die unaufgeklärte, willige Stütze seiner dunklen Parteigeschäfte, so hätte sich das bei den letzten Abstimmungen im Reichstag zeigen müssen. Wie aber kam es? Von den 107 Parteimitgliedern des Zentrums stimmten 106 gegen die Erbschaftsteuer, also auch gegen diese minimale Belastung der Besitzenden; der Zentrumsabgeordnete Pöfergeld war krank. Es haben somit sämtliche „Arbeitervertreter“ der „christlichen“ Arbeitererschaft geschlossen gegen die Beschlastung durch eine Erbschaftsteuer gestimmt. Bei der Abstimmung über die Erhöhung des Staffeezolls kniffen die Herren aus, doch der anwesende Wiesberts kennzeichnete genügend den Geist, der die christlichen Gewerkschaftsführer befeuert. Er stimmte mütig und entschlossen für die Erhöhung des Staffeezolls. Werden die „christlichen“ Arbeiter nun wohl erkennen, daß die christlichen Arbeiterführer ihre Fürsorge viel eher den Millionenerbschaften zuwenden, als den unentbehrlichsten Bedürfnissen der Arbeiter? Handeln auch hier diese „christlichen“ Arbeitervertreter“, wie sie früher schon bei dem Wuchertarif zur Entschuldigungs-anführten, im Interesse der „ausgleichenden Gerechtigkeit“?

Christliche Theorie und Praxis. Bekanntlich betonte der Stifter des Christentums seine Armut und in flammenden Worten predigte er gegen das Wohlleben der Reichen. Wie es mit der evangelischen Armut im Mittelalter bei den Nachfolgern des großen Nazareners bestellt war, lehrt ein einziger Blick in die Geschichte. Und wie es sich heutzutage damit verhält, zeigt uns ein Artikel der „Voll. Stg.“ in Berlin, der sich mit der Lebenshaltung der Berliner Pastoren beschäftigt. Anknüpfend an die Tatsache, daß ein Pastor Wertentin kürzlich nach Amerika ausgetrieben ist, nachdem er in verunglückten Häuser- und Börsenspekulationen ungefähr 300 000 Mk. verloren hatte, schreibt ein Sachkenner dem Blatte Folgendes: „Wer in der Lage ist, die Lebenshaltung der Pastoren in Berlin aus längerer Beobachtung zu überschauen, muß die Meinung gewinnen, daß einzelne dieser Herren auf der rechten wie auf der linken Seite ihrer kirchenpolitischen Gruppierung in einem bedenklich zunehmenden Maße verweltlichen, daß sie über ihre Verhältnisse hinaus leben. Ein junger Pfarrer hat uns erst neulich gesagt, er könnte mit den Kollegen nicht verfahren, weil es in manchen Pfarrhäusern zu luxuriös hergehe, sein schmales Minimalertrömmen mache es ihm unmöglich, diese teuren Kostenstellen zu erwidern. Das ist doch überaus bedauerlich; wie nahe liegt einem jugendlichen Manne die Versuchung, um mit den reichen Amtsbrechern mithalten zu können, sich irgendwie die nicht vorhandenen Mittel zu beschaffen. Es ist nicht jedermanns Sache, im Pfarrhause über sich und unter sich bis zum Morgengrauen den fröhlichen Lärm

der tanzenden und tanzenden Gäste ohne Meid zu ertragen, die da in pygmyer Schmauserie sich sichtlich lassen. Wir kennen Berliner Pfarrer (der verschiedensten kirchlichen Richtungen, deren Namen nichts zur Sache bedeuten), die den ganzen Winter über jeden Abend mit zwei bis drei Einladungen zum Diner bedacht sind, und die infolge dessen in mancher Woche kaum eine Nacht vor 2 Uhr heimkehren. Die Frage der Kindererziehung wird dabei mitunter mit einer Leichtigkeit und Sorglosigkeit erledigt, die niemand versteht, der nur die Kanzelreden des Hausherrn zu hören bekommt und die Pfarrfrau in den Vereinen zum Wohle der verwahrlosten Jugend rastlos tätig sieht. Es ist ein rührendes Bild, wenn ein lieber Berliner Pfarrer am Einsegnungstage vom frühen Nachmittag bis zum späten Abend alle von ihm konfirmierten Knaben und Mädchen besucht und in jedem Hause bei der Familienfeier eine Tasse Kaffee trinkt oder in den späteren Stunden ein Glas Wein oder Bier — er gesteht, daß er sich dabei für mehrere Tage einen wüsten Kopf und einen schlechten Magen holt, aber ihn treibt die Sorge um seine Schäflein an diesem kritischen Tage, und er mag niemanden tranken.

Doch zu einer eigentümlichen Erscheinung im Berliner Pastorenstande hat sich die fast regelmäßige Teilnahme bei den zahlreichen Hausparten und bei den Hochzeitsessen entwickelt. Vielbeschäftigte Prediger machen bis zu drei Haus- und Hotelbesuchen am selben Tage mit, wo sie amtlich fungieren haben; sie fahren von der Kirche zum Hotel und vom Hotel zum Kirchhof, zur Kirche zurück und wieder ins Hotel, um am Abend — noch in einer Gesellschaft erwartet zu sein. Man erwartet von dem Pfarrer die erste Tischrede mit dem Hoch auf den Mittelpunkt des Festes. Der Talar wird in der Garderobe abgegeben, die Orden, in der Hosentasche mitgeführt, werden (soweit vorhanden) auf den Lutherrock gesteckt, und oft entwickelt sich aus dem furchtbar ernsthaften Pastor, der am Altar zur Weltensagung aufrief, ein recht munterer Tischgenosse. Wer will den Pastoren die heitere Geselligkeit verwehren, und wer sieht es nicht gern, wenn diese Männer die feierliche Amtsmiene, die ihnen oft so gezwungen zu Gesicht steht, mit echter Menschlichkeit vertauschen? Aber nach untrer Ueberzeugung gewöhnen sich manche Pfarrer durch diese Tanz- und Hochzeitsessen, zu denen das Vereinsmeiern noch daz und das gefüllt, im Laufe der Jahre eine nicht mehr zu rechtfertigende Schlemmerei an; die Verwahrung des persönlichen Lebens verlernt die Bewissenhaftigkeit im kleinen und bahnt damit den Ruin im großen an.

Manche Pfarrer entfremden sich dem einfachen Leben durch ihr maßlos geselliges Leben; sie tragen zum guten Teil noch den Lutherrock, aber darunter die weiße Weste. Man kann es verstehen, wenn nach besonders aufregenden Situationen der Pfarrer sich in eine Weinstube setzt, um die gepeinigten Nerven abklingen zu lassen; wo aber der Sektflübel, die Musikserie und das Automobil zum täglichen Bedürfnis wird, da muß zwischen dem Träger des Evangeliums „Rom armen Leben Jesu“ und seiner Gemeinde sich eine Entfremdung einstellen. Manche Pfarrer sind zu stolz, um in eine sozialdemokratische Versammlung zu gehen, weil dort ihr Stand unlanft kritisiert werden könnte, so sehen sie untätig zu, wie immer neue Scharen von der Kirche sich trennen — sie sind jedoch nicht zu stolz, um bei ihren Gemeindevorvätern um immer neue außerordentliche Unterstützungen zu bitten für eine Erholungsreise oder zu den Kosten des Hanshalts, weil die weltliche Pfarrfrau, die die große Dame spielt, zur Erledigung ihrer Pflichten zwei oder drei Diensthofen nötig hat.

Das sind ja recht erbauliche Dinge, die der Sachkenner erzählt. Und wie überzeugend wird es da wirken, wenn diese Seel- — pardon! Leibsörger den Arbeitern Geduld und Entfagung predigen und sie auf die Wolke des Himmels verweisen. Denkt man nicht unwillkürlich an die Heineichen Verse: „Ich kenne den Text und die Melodie — Und auch die Herren Verfasser — Da heimlich trinken sie funkelnden Wein — Und öffentlich predigen sie Wasser.“ Heute sind wir schon über Heine hinausgewachsen, denn die Herren Leibsörger trinken den funkelnden Wein nicht mehr heimlich, sondern geradezu unheimlich.

Den Sozialistenstörern ins Stammbuch! Im Julihefte der Zeitschrift „Nord und Süd“ behandelt Professor K. Niedergall den Unterschied zwischen ländlichen und städtischen Arbeitern, wobei er folgendes Urteil fällt: „So wie die Leute eben vom Lande kommen, sind sie meistens nur für die ungelernete Arbeit zu gebrauchen. Ich weiß von einem Fabrikanten, dem nicht nur im Horne die Worte entfahren sind, daß viele seiner Arbeiter nur darum keine Sozialdemokraten sind, weil sie dafür zu dumm wären; wenn sie nur solche wären, dann würden sie auch geheimer und für die Arbeit besser zu gebrauchen sein. Das ist gewiß ein glänzendes Zeugnis für die Sozialdemokratie aus berufener Mund. Und in der Tat, das kann man wohl sagen: sie kommt nur dahin, wo einigermaßen höhere Interessen sind, und wo sie herrscht, da weckt sie höhere Interessen. Sie gilt schon jetzt in weiten Kreisen als die große Weckerin des geistigen Lebens der Leute; was die Volksschule begonnen, was aber alle bürgerlichen Bewandlungen nicht fertig gebracht haben — wer hat sich übrigens in solchen Kreisen außer in Wahlzeiten um das geringe Volk bekümmert? Das rächt sich jetzt bitter — das hat die Sozialdemokratie fest in die Hand genommen.“

Wir haben diesem Urteil eines Sachkenners nichts hinzuzufügen, wollen aber doch hervorheben, daß das, was hier über die Kulturarbeit der Sozialdemokratie gesagt wird, in noch höherem Maße von der modernen Gewerkschaftsbewegung gilt, die geradezu als eine Bildungs- und Erziehungsschule für die Arbeiter bezeichnet werden muß.

Die Moral mit dem doppelten Boden und Herr Lebins. Die Unternehmerrpresse und deren Ableger, die gelbe Presse, macht jedesmal in stichtischer Entrüstung, wenn die Verfechtungen irgend eines Arbeiters gegenüber seiner Organisation bekannt werden. Da ist es denn sehr interessant, folgenden Brief zu lesen, der an das Vorstandsmittelglied einer gelben Gewerkschaft gerichtet ist: „Da ich als Bundesvorstand das Interesse habe, daß untre gelbe Arbeiterbewegung nicht durch einen öffentlichen Skandal, den irgend ein Verem hervorruft, in der Öffentlichkeit bloßgestellt wird, so möchte ich Sie doch bitten, zu verhindern, daß die Dinge, die in der letzten Vorstandssitzung verhandelt worden, nun auch noch in einer Mitgliederversammlung zur Erörterung gelangen. Sie

können sicher sein, daß die unerquidlichen Vorkommnisse dann umgehend im „Vorwärts“ besprochen werden, was unsrer gelben Arbeiterbewegung sicherlich schaden könnte. Abgesehen davon, könnte es sich ereignen, daß von los-dem, Seite eine Denunziation bei der Staatsanwaltschaft stattfindet, da in allen Angelegenheiten, wo es sich um fremdes Geld handelt, dieselbe sehr scharf vorgeht. Wenn die Vereinskasse nicht in Ordnung wäre, könnte unter Umständen eine Verhaftung stattfinden. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, die Regelung der Kassenverhältnisse besorgen zu wollen. Hochachtungsvoll Rudolf Lebus.

Wirklich ein Brachimentch, dieser Lebus! Er paßt zum Moralprediger ungefähr wie der Esel zum Klavier spielen.

Größenwahnsinn oder Gotteslästerung? In der frommen katholischen Buchhandlung von L. Hier in Donauwörth erscheinen sogenannte Schutengelbriefe, in denen der Schutengel den Kindern Ermahnungen und gute Lehren gibt. In einem solchen Schutengelbriefe heißt es über die Würde des katholischen Priesters: „Keine menschliche Zunge ist imstande, die erhabene Würde eines katholischen Priesters zu schildern. Sie überragt die Hoheit der Kaiser und Könige, ja selbst die Majestät der erhabensten Nimmelsfürsten. Die Engel sind Boten Gottes, die Macht-haber dieser Welt Gottes Stellvertreter in irdischen Dingen. Hoch über beiden stehen die Priester, denn sie sind Gottes Stellvertreter in Sachen des ewigen Heils. Ihre Würde ist darum göttlich zu nennen. Die allerheiligste Jungfrau Maria hat nicht solche Macht, denn sie kann nicht die allerkleinste Sünde vergeben; der Priester aber kann die himmelschreiendsten Sünden mit einem Worte anstülgen — er ist darum der Vater seiner Gemeinde, der größte Wohltäter des Volkes. Was folgt daraus? Schreibt der Katechismus den Kindern schon Liebe, Gehorsam und Ehrfurcht gegen die Eltern vor, in wieviel höherem Maße gebührt sie dann dem Priester, dessen Würde und Wohlthaten unermesslich größer sind als die der leblichen Eltern! Darum darfst du nie des Priesters Ruf verletzten durch Reden über seine etwaigen Schwächen — Fluch solchen Lippen, die eine heimliche Sünde des Priesters ans Licht ziehen oder auch selbst ein schweres Vergehen beselben ändern mitteilen! Hingegen sorgt auf für sein leibliches Wohl, seid pünktlich im Zahlen der Gebühren und Lasten! Was ihr ihm vorenthaltet, das verweigert ihr Gott selbst, dessen Stellvertreter er ja ist.“

Dieser Schutengelbrief ist ein ganz raffiniertes Machwerk, dessen Verfasser ein großes Quantum von Heuchelei und Verdrehungskunst aufwendet, um den armen Kindern das Hirn zu verkleistern. Die lächerliche Annahme und der päpstliche Hochmut, der aus jeder Zeile spricht, berührt einen modernen Menschen erlöst und die Aufforderung, die heimlichen Sünden eines Priesters nicht ans Licht zu ziehen, bildet geradezu eine Gefahr für die Moral der katholischen Kinder. Man denke nur an die zahlreichen Gerichtsverhandlungen, in denen Priester wegen Unfittlichkeiten an Kindern die Anklagebank zierten, und man stelle sich vor, was für ein Unheil ein solcher Schweinepriester wohl noch fernerhin angerichtet haben würde, wenn keine „heimlichen Sünden“ nicht ans Licht gezogen worden wären. Wenn man eine verlässige Vermittelung des katholischen Priestertums liebt, so wundere man sich kaum noch über den Einfluß, den die Geistlichkeit in den frommen Gegenden auf die Jugend und zum Teil auch auf die Erwachsenen ausübt.

Vom Ausland.

Oesterreich. Nach Abbazia, Meran und Bregenz ist jeder Bezug von Malern, Anstreichern und Lackierern streng fernzuhalten.

In Graz sind die Lackiererwerkstätten Blüme, Urschitz und Necmahen gesperrt.

In Neustadt a. d. T. (Mordböhmen) ist die Werkstätte Leibl gesperrt.

In Abbazia, an der österreichischen Riviera, sind sämtliche Kollegen am 22. Juni in den Streik getreten.

In Meran befinden sich die Kollegen seit dem 1. Juni im Streik. In diesem Kurbezirk, wo die Lebenshaltung der Arbeiter durch die enorm hohen Preise eine sehr gedrückte ist, entwickelt sich der Prozenstandpunkt der Unternehmer immer üppiger. Mein Kollege darf in Meran Arbeit annehmen oder dasselbe Arbeit suchen, bevor unsre Kollegen den Kampf siegreich beendet haben.

Der Streik in Warnsdorf ist am 21. Juni mit einem Erfolg für die Kollegen beendet worden.

Auch in Spalato ist nach vierwöchigem Kampfe zum ersten Male ein Vertrag abgeschlossen worden, der die neunstündige Arbeitszeit festsetzt und den Kollegen außer den sonstigen Errungenschaften eine 10proz. Lohnerhöhung (Mindestlohn pro Tag 4.80 Kronen) brachte. Akfordarbeit ist abgeschafft.

Ungarn. Nach Budapest ist Bezug von Malern, Anstreichern und Lackierern streng fernzuhalten.

Gesperrt sind die Städte Kassa, Szekesfeherbar, Temesvar. Die Franz. Schloßnische Leistenberggoldfabrik und die Anstreicherwerkstätte Johann Felderbaum in Budapest sind gesperrt.

Schweiz. Gesperrt sind: Gebr. Beer in Auber-matt, Frauenfeld und Winterthur.

Der am 4. Mai begonnene Streik in Thun wurde am 22. Juni durch Abschluß eines Tarifs beendet, infolge Vermittlung der beiden Zentralvorstände. Als Garantien der vereinbarten Bestimmungen sind beiderseitig je 500 Fres. zu deponieren.

Solidaritätsgefühl! Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ ist ganz entsetzt. Sie schreibt: „In der Schweiz hat sich kürzlich der merkwürdige Fall ergeben, daß während eines Streiks der Steinbrücker und Lithographen die Seher der Zeitungsdirektoren sich weigerten, Annoncen zu lesen, in denen Arbeiterwillige gesucht wurden. Die Buchdrucker führen also als Mobum eine Art Zensur ein; wenn sie auf diesem Wege fortschreiten, wird es vielleicht noch so weit kommen, daß die Redakteure den Herren Sehern zuerst die Manuskripte vorlesen müssen, um zu er-

mitteln, ob darin nichts enthalten ist, was den Interessen irgend einer Organisation oder den politischen Ansichten der Führer zuwiderläuft.“

Der von den Sehern gegebene Beweis von Solidarität und seine Beurteilung durch die Scharfmacherpresse zeigt wieder einmal recht deutlich, daß der Arbeiter weniger Recht hat als der Unternehmer, weil er wirtschaftlich abhängig ist. Ein Zeitungsverleger, also der Kapitalist, nimmt ohne weiteres das Recht für sich in Anspruch, solche Annoncen zurückzuweisen, die ihm nicht passen. Die Aufforderung streikender Arbeiter, man möge Bezug fernhalten, wird fast ausnahmslos von den kapitalistischen Zeitungen nicht einmal als bezahlte Annonce aufgenommen und die „Arbeitgeberzeitung“ hat sicher gegen dieses „Recht“ der Zeitungs-kapitalisten nichts einzuwenden. Wenn aber auch die Zeitungsseher es ablehnen, eine Annonce zu lesen, in der sie eine Schädigung ihrer Klassenossen erblicken, so ist das ein Unrecht und eine lächerliche Annahme. Das Recht des Zeitungsverlegers stützt sich nämlich auf seinen Geldsack und das Unrecht des Zeitungssehers ist eine Folge seiner wirtschaftlichen Ohnmacht.

Gerichtliches.

Eine verunglückte Staatsaktion. Wie wir berichteten, war gegen den Redakteur Beyer der „Arbeiterzeitung“ in Dortmund wegen eines Aufrufs zum 1. Mai, in dem die Arbeitsruhe gefordert wurde, ein Strafverfahren eingeleitet worden. Der Dortmunder Staatsanwalt erblickte in dem Aufruf ein Vergehen gegen § 110 des St.-G.-B. (Aufforderung zum Kontraktbruch). Inzwischen hat wohl selbst die Staatsanwaltschaft die gänzliche Unsichtbarkeit des Verfahrens eingesehen und dem Genossen Beyer mitgeteilt, daß das Verfahren eingestellt sei.

Das war das Vernünftigste, was sie tun konnte, denn sonst wäre die Blamage noch größer geworden.

Ein brutaler Lehrmeister mißhandelt seinen Lehrling zu Tode, wird aber vom Schwurgericht freigesprochen! Der Schmiedemeister Heinrich Freund aus Altmorichen bei Cassel hatte sich kürzlich vor dem Schwurgericht wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange zu verantworten. Der Angeklagte war mit seinem Lehrling Hermann Berch in Streit geraten und hat den Jungen schrecklich verprügelt. Er stürzte auf den Lehrling, der angeblich gelogen hatte, zu, packte ihn mit beiden Händen und warf ihn aufs Bett. Dann schlug er ihn mit den Fäusten ins Gesicht und an den Kopf. Auf das Schreien des Lehrlings eilte die Meisterin herbei, sie schimpfte zunächst auch noch lächerlich auf den frechen Lehrling, nahm dann aber Veranlassung, den Ehemann von weiteren Mißhandlungen abzuhalten. Freund gab seinem Lehrling noch einige Prüfte, stieß ihn dann gegen eine über dem Bett angebrachte offene Schublade und nahm schließlich einen 410 Gramm schweren Pantoffel, den er dem auf dem Bett liegenden Berch mit solcher Wucht gegen den Magen schlugerte, daß der Lehrling sofort bewußtlos vom Lager rutschte und auch nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden konnte. Der Angeklagte suchte die Sache recht harmlos hinzustellen und besonders schilderte er den unglücklichen Lehrling als einen verlogenen, frechen, unverschämten, gern Weinen aufsuchenden Patron, der schon in der Erziehungsanstalt ein Taugenichts gewesen sei. Die Beweisaufnahme ergab nichts davon, daß der Lehrling ein besonders unwilliger Bengel gewesen sei, der Mißbräutig Christian Sonntag schildert ihn sogar als sehr fleißigen, allerdings dreisten Burlesken mit losem Mundwerk, der aber nicht schlechter als andere Lehrlinge gewesen sei. Der Lehrherr habe ihn nach seinem Dafürhalten nicht recht leiden können, weshalb er ihn oft durchprügelte und mißhandelte, öfters sogar mit einem Weisenteil, den er so lange schwang, als es ihm möglich war. Weiter haben dem Lehrling Berch der Hausvater der Anstalt Mengshausen und der Parrer Jungmann gute Zeugnisse ausgestellt.

Die ärztlichen Sachverständigen sagten aus, daß der Tod des Lehrlings durch den Wurf mit dem Holzschlappen eingetreten sei, und zwar durch Störung eines Nerven in der Bauchhöhle. Der Erste Staatsanwalt meinte, daß dem Angeklagten Mißgefühl entgegenzubringen sei, da das, was er getan habe, er nicht habe tun wollen. Er plädierte auf fahrlässige Körperverletzung mit Todeserfolg. Die Geschworenen traten der Ansicht der Verteidigung, daß es sich um einen unglücklichen Zufall handle, bei und erkannten auf Freisprechung.

Dieser Vorfall, bei dem ein blühendes Menschenleben vernichtet worden ist, zeigt uns mit erschreckender Deutlichkeit die Schutz- und Nachlässigkeit der Lehrlinge und beweist uns die Notwendigkeit der Jugendschutzkommissionen. Die Beurteilung dieses brutalen „Meisterstücks“ durch die Geschworenen aber wirkt ein eigenartiges Licht auf die angeblich gar nicht existierende Klassenjustiz. Die Klassenossen des Herrn Freund sprachen ihn frei, weil sie mit dem angeklagten Meister sympathisierten und weil sein Opfer „nur ein Lehrling“, ein Kind armer Eltern war.

Gewerbegerichtliches.

Zweierteil Grundsätze vor dem Gewerbegericht. Vor dem Gewerbegericht in Laufen wurden, wie die „Leipz. Volksztg.“ berichtet, unter dem Vorsitz des Gewerbegerichters Mette wieder zwei Klagesachen gegen die Vogtländische Spitzenweberei verhandelt. In der zweiten Klagesache hatte schon ein Termin stattgefunden, in dem der Gewerbegerichter Mette, weil er gleichzeitig Geschäftsführer des Vereins der Spitzenfabrikanten ist, wegen Beforgnis der Befangenheit abgelehnt werden sollte. Herr Mette hat sich zu dieser Sache geäußert und natürlich Befangenheit als hallos zurückgewiesen. Das Gericht findet Herrn Mette ebenfalls nicht befangen, weshalb es dem Ablehnungsversuch Beachtung nicht schenken konnte. Während aber Gewerbegerichter Mette, der im Nebenamt Geschäftsführer des Fabrikantenvereins ist, nicht als befangen erklärt wird, wurden der Gauletter Dressel und Geschäftsführer Röhbel unter Berufung auf § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes als Vertreter des Klägers zurückerufen, weil sie die Vertretung des Klägers am 31. betreiben.

Arbeiterversicherung.

Gemeinnützige Vermögensanlagen der Invalidenversicherungsanstalten. In der neuesten Nummer des Reichsarbeitsblattes finden wir eine Zusammenstellung der von den Landesversicherungsanstalten und den auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes zugelassenen Kassenrichtungen bis zum Schlusse des Jahres 1908 für gemeinnützige Zwecke ausgetheilten oder sonst aufgewendeten Beträge. Diese Ausgaben haben eine fortwährende Steigerung erfahren. Es betragen

Jahr	Auswendungen für gemeinnützige Zwecke	Gesamtbestand der seitherigen Anlagen nach Abzug der Rückzahlungen	Gesamtvermögen der Versicherungsanstalten am Ende d. Jahres
1904	52,1 Mill. M.	379,5 Mill. M.	1160,4 Mill. M.
1905	55,7 " "	424,8 " "	1237,5 " "
1906	64,5 " "	497,8 " "	1318,5 " "
1907	86,6 " "	556,0 " "	1404,1 " "
1908	104,2 " "	643,3 " "	" " "

Aus dieser Aufstellung ergibt sich auch, daß die Aufwendungen nicht nur absolut, sondern auch relativ gewachsen sind. Während die Summen der Anlagen bis Ende 1904 erst etwa den dritten Teil des Gesamtvermögens der Versicherungsanstalten ausmachten, betragen sie Ende 1907 zwei Fünftel desselben.

Die verschiedenen Arten von gemeinnützigen Zwecken, für die die Aufwendungen gemacht werden, sind in der Uebersicht in vier Gruppen geteilt. Die Gruppe 1 umfaßt die Anlagen für den Bau von Arbeiterwohnungen und in der letzten Uebersicht auf die für Ledigenheime, Hospize, Herbergen zur Heimat usw., die früher in Gruppe 3 enthalten waren. Für diese Zwecke sind bisher 239,4 Mill. Mark aufgewendet worden. Die größten Aufwendungen hat die Versicherungsanstalt Rheinprovinz mit 44,8 Mill. Mark gemacht; es folgen Hannover mit 28,6 Mill. Mark, Westfalen mit 22,4 und Königreich Sachsen mit 17,5 Mill. Mark. Die meisten Darlehen sind an Bausparvereine usw. gemacht worden (bisher 151,9 Mill. Mark); an private Geldnehmer nur 57,4, an Kommunalverbände 30,1 Millionen Mark.

Der Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses dienen die in Gruppe 2 zusammengefaßten Anlagen: die Darlehen an Kleinbauern, auf Hypotheken für Land- und Wegeverbesserungen, Hebung der Viehzucht usw. Bis Ende 1908 waren für diese Zwecke 95,8 Mill. Mark ausgetheilt worden.

In der dritten Gruppe finden wir diejenigen Beträge, die für sonstige Wohlfahrtszwecke, insbesondere die Errichtung von Kranken- und Genesungshäusern, Volkshäusern, Arbeiterkolonien, Volksbädern, für Spar- und Konsumvereine u. a. hergegeben wurden. Sie beliefen sich bis zum Schlusse des Jahres 1908 auf 340 Mill. Mark. Die in diesen drei Gruppen enthaltenen Anlagen müssen in allgemeinen mündelicher sein. Doch ist es den Versicherungsanstalten gestattet, mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde bis zu einem Viertel ihres Vermögens nicht mündelicher anzulegen, vor allem, wenn es sich um Veranlassungen handelt, die ausschließlich oder überwiegend der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu gute kommen. Von dieser Verfügung ist insbesondere zur Förderung des Wohnungsbedürfnisses Gebrauch gemacht worden.

Endlich sind in Gruppe 4 die den eigenen gemeinnützigen Veranlassungen der Versicherungsanstalten dienenden Ausgaben enthalten, die bisher die Höhe von 58,7 Millionen Mark erreicht haben. Fast alle Versicherungsanstalten — mit Ausnahme von zehn — beteiligen sich an diesen Aufwendungen. Es waren zum Schlusse 1908 im Betrieb: 57 Krankenhäuser, Lungensanatorien, Genesungshäuser, 14 Invalidenheime, 3 Erholungsheime und 3 Waidersholungsstätten, während 3 Krankenhäuser zc. und 3 Invalidenheime im Bau begriffen waren.

Verschiedenes.

Die „weiße Mode“ und die Bleigefahr. In Nr. 44 der „Medizinischen Klinik“, 1908, führt Professor Max Sternberg die Zunahme der Bleiergiftungen auf die jetzt herrschende „weiße Mode“ zurück. Wir stehen, führt Prof. Sternberg aus, unter der Herrschaft der „weißen Mode“ in bezug auf die Innendekoration unserer Wohnräume und in den öffentlichen Anstalten, in bezug auf die Sommerkleidungen der Frauen und Männer und neuesten auch in bezug auf die Kleidung der Winterportler. Von der „weißen Mode“ ist aber die ausgebreitete Verwendung von Bleiweiß unzertrennlich. In den allerberühmtesten Gewerben wird immer mehr Bleiweiß verwendet, auch in Gipsarbeiten, in denen vor kurzer Zeit dieses Mittel gar nicht benutzt wurde. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die unerblickbare Zunahme der Nierenkrankungen im Zusammenhang mit der „weißen Mode“ steht.

Ein Maler ohne Arme. Die große Gemäldeaussstellung in der Bonboner Akademie zeigt in diesem Jahre u. a. auch ein ausgezeichnet gemaltes Bild eines Künstlers, der ohne Arme arbeitet. Bertram Giles — so heißt der Maler — verlor bei einem Straßenunfall als achtjähriger Knabe beide Arme. Aber der Knabe hatte bereits Zeichen eines außerordentlichen Talentes abgelegt; das Kind wollte seine Liebhaberei nicht aufgeben und mit heldenhafter Geduld erlernte es, mit dem Weisheit zwischen den Fingern zu zeichnen. Nach zwei Jahren hatte Giles die Altersgenossen überholt, gewann als Dreizehnjähriger einen von der Kunstschule in Bristol ausgesetzten Preis und bald darauf den zweiten Preis von 2000 Mk., der dem ansehenden Künstler dazu diente, in Paris seine Studien fortzusetzen.

Tödliche Verunglückungen in Breiten im Jahre 1907 kamen, abgesehen von den Fällen von Mord und Totschlag, 15 443 vor. Von den Verunglückten waren 12 344 Männer und 3099 Frauen. Der größte Teil der Verunglückten gehörte selbstverständlich den arbeitenden Klassen an; es befanden sich unter ihnen 80,4 Proz. Gesellen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, 13,6 Proz. Tagelöhner usw., 3,1 Proz. Diensthofen und 9,4 Proz. selbständige erwerbende Arbeiter; zusammen 56,5 Proz. Von den Verunglückten entfielen:

2926 = 23,7 Proz. auf die Landwirtschaft,
2841 = 18,9 Proz. auf Bergbau und Stättenweien,

3521 = 28,5 Proz. auf die Industrie und 1662 = 13,5 Proz. auf den Handel usw.

Ein Vergleich mit den in diesen Berufsgruppen Beschäftigten ergibt, daß tödliche Verunglückungen im Bergbau verhältnismäßig 8 mal, in der Industrie 1 1/2 mal und im Handel 1 1/2 mal so häufig vorkommen, wie in der Landwirtschaft. — Auf Geschlecht und Altersstufen verteilten sich die Verunglückungen folgendermaßen:

Table with 7 columns: Alter, männlich absolut, männlich auf je 100 000 gleichen Alters, weiblich absolut, weiblich auf je 100 000 gleichen Alters, zusammen absolut, zusammen auf je 100 000 gleichen Alters. Rows for age groups 0-5, 5-15, 15-60, über 60, unbekannt.

Aus diesen Zahlen ergibt sich zunächst eine viel stärkere Bedrohung des männlichen Geschlechts durch tödliche Unfälle, was natürlich mit der Berufstätigkeit zusammenhängt. Infolge dessen entfällt auch ein geringerer Teil der Verunglückungen auf das Kindesalter beim männlichen als beim weiblichen Geschlecht. Interessant ist ferner die Feststellung, daß die meisten tödlichen Verunglückungen im Kindesalter in Ost- und Westpreußen vorkommen. Während im Staate von je 100 000 Knaben und Mädchen 39,1 resp. 22,5 verunglückten, waren diese Ziffern in dem Vorjahr der Kinderanwesenenden Junker, in Ostpreußen, 39,1 resp. 22,5. Dagegen verunglückten in dem wegen seiner Gefahren gefährdeten Berlin nur 34,5 Knaben und 15,7 Mädchen unter 15 Jahren auf je 100 000. ssc.

Technisches.

Patentschau. Vom Verbands-Patentbureau D. Krüger u. Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigt, Auskünfte frei.

Angemeldete Patente.

- Nr. 75 c. D. 20888. Schwammapparat, bei dem einzelne Schwammstücke auf einer Auflageplatte befestigt sind. Driever u. Nille, Elberfeld. Aug. 2. 12. 08.
Nr. 75 c. P. 26914. Verfahren zum Innenantrieb von Nohlfassern. Frischauer u. Co., Alperg b. Stuttgart. Aug. 21. 1. 09.
Nr. 75 c. M. 35871. Farbzerstäuber. Minimax Consolidated Limited, London, und Hans Mikorey, Schöneberg. Aug. 29. 10. 07.
Nr. 75 c. G. 24100. Farbzerstäuber, bei dem das Farb- und das Luftventil durch einen Nebel gesteuert wird. W. Graaff u. Co., G. m. b. H., Berlin und Hans Mikorey, Schöneberg. Aug. 24. 12. 06.

Erteiltes Patent:

- Nr. 22 g. 211674. Bindemittel für Künstlerfarben. Zul. Pat. 187211. Karl Lupus, Buchweiler, Unt.-Eß. Aug. 12. 8. 08.

Gebrauchsmuster:

- Nr. 75 c. 379601. Malkasten. Alfred Weizerich, Westend bei Charlottenburg. Aug. 10. 4. 09.
Nr. 75 c. 379661. Aufbewahrungskasten mit Klappdeckel. S. Schminde u. Co., Düsseldorf-Grafenberg. Aug. 4. 5. 09.
Nr. 75 c. 379795. Ventilpumpe für Binseln u. dgl. mit den Stiel oder Griff ersehender Nöhre für die Ventile. Alfred Wahl, Freiburg i. B. Aug. 20. 2. 07.
Nr. 75 c. 379850. Karbtrittenabstoßer zur Reinigung von Nöhren. Willi Weinrebe, Chemnitz-Silbersdorf. Aug. 19. 4. 09.
Nr. 75 b. 378942. Hochgepresstes Ornament aus mehreren Stofflagen mit bindender Zwischenschicht. Wilh. Siegfried Gg. Schaefer, Magdeburg. Aug. 7. 5. 09.

- Nr. 75 A 78971. Glasscheibe mit in Mittenstreifen befestigten Enden. Carl Adolf Müller, Berlin. Aug. 16. 4. 09.
Nr. 75 b. 380278. Reinigungsmaschine. C. Schwab Lieber, Dresden. Aug. 8. 3. 09.
Angemeldete Oesterreichische Patente.
Nr. 22 d. 46112/08. Verfahren zur Herstellung von Glasfaserfäden. Engelbert Wäpinger, Leipzig. Aug. 5. 10. 08.
Nr. 20 d. A. 7159/06. Verfahren zur Herstellung einer elastischen Masse für Stuckarbeit. Hermann Schudt, Fabrikdirektor in Charlottenburg. Aug. 20. 11. 06.

Literarisches.

Die Generalkommission veranlaßt den Neudruck der Jahrgänge 1890 bis 1899 des „Korrespondenzblattes“. Da noch eine Anzahl Exemplare zum Preise von 12 Mk. (alle Jahrgänge bis 1899 zusammen) zu haben sind, so bietet sich für die Kollegen und die Ortsverwaltungen Gelegenheit, ihre Bibliotheken zu ergänzen. Bestellungen sind direkt an die Generalkommission zu richten und ist bei Bezug auch direkt dorthin zu zahlen.

Winterprogramm für das Jahr 1909/1910. Winke und Ratschläge. Der Bildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3) hat soeben sein Winterprogramm an alle Vereine, Gewerkschaftsvereine usw., die bei der Geschäftsstelle angemeldet sind, verfaßt. Das Programm gibt wieder eine Reihe von nützlichen Hinweisen und Ratschlägen für die systematische Bildungsarbeit der Arbeiterorganisationen. Von besonderer Wichtigkeit sind die Mitteilungen über die wissenschaftlichen Wandertournee, die zahlreichen Programmbeiträge für künstlerische und gesellschaftliche Veranstaltungen und der Musterentwurf zu einem Arbeitsplan für die lokale Bildungstätigkeit.

Gegen die Schundliteratur. Unter diesem Zeichen ist die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, erscheinende Wochenschrift „In Freien Stunden“ gegründet und nun bereits über 13 Jahre geführt worden. In dem am 1. Juli beginnenden Halbjahresband gelangt der Roman „Stefan vom Grillenhof“ von Minna Wautsky zum Abdruck, der sicher allgemeinen Beifall finden wird.

Rebener erscheint zunächst die Novelle „Es lebe die Gerechtigkeit“ von Theodor Mügge. „In Freien Stunden“ ist zum Preise von 10 Pf. pro Heft durch alle Zeitungs- und Buchhandlungen zu beziehen. Probenummern frei vom Verlag.

Gesammelte Schriften von Wilhelm Wolff. Neben einer Biographie Wolffs von Friedrich Engels. Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Franz Mehring. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. Preis broschiert 1,50 Mk., gebunden 2 Mk.

„Arbeiter-Jugend“. Die soeben erschienene Nr. 12 hat u. a. folgenden Inhalt: Die deutsche Fortbildungsschule II. Ziel und Organisation der modernen Fortbildungsschule. Von Joh. Hoffmann-Kaiserslautern. — Reichstagsauflösung. Ein politisches Zwiegespräch zwischen einem Jungen und einem Alten. — Das Werden im Weltall. Von Felix Linke (mit Illustrationen). — Magenta und Solferino. — Wanderregeln. Von W. Söllmann. — Der Bräutigam der Behelingschänder. — Schnurriges von den Gegnern. Usw.

Weilage: Die Meister-Geige. Gedicht von John Henry Mackay. — Weisheit recht war. Eine Geschichte aus dem Wald. Von H. Ger. — Wie ich ein feiner Kerl wurde. Von Adolf Ernst. — Bücher für die Jugend. — Verwandlung. Gedicht von Hoffmann von Fallersleben.

Der Bibliothekar Nr. 4 ist soeben erschienen. Die Nummer enthält: Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle in Berlin. — Verborgenes Gift. Von Dr. K. Franz, Bremen. — Gefängnisbibliotheken. Von G. Niem, Dresden. — Was muß eine Arbeiterbibliothek tun? Von S. Kopperbe, Münsterdam. — Einleitung der Musikbibliothek. — Bibliotheksberichte: Glückstadt, Hanau. — Bücherbesprechungen. — Notizen und Sprechsaal.

Die Bibliotheksverwaltungen seien erneut auf das Blatt, das sehr viel Anregungen bringt und neue Wege zeigt, hingewiesen.

Sterbetafel.

Berlin. Am 6. Juni starb der Kollege Wilhelm Schwiager (Gesundbrunnen), 49 Jahre alt; am 19. Juni der Kollege Rudolf Schröder (Nordend), 27 Jahre alt; am 24. Juni der Kollege Vinzenz Brzezinski (Südend).
Königsberg i. Pr. Am 19. Juni verstarb an der Lungenschwindsucht unser treues Mitglied Ernst Neumann im 26. Lebensjahre.
Münsterberg. Am 21. Juni starb unser treuer Kollege Valentin Zink aus Burgfarrnbach im Alter von 26 Jahren an den Folgen der Bleivergiftung.
Ehre ihrem Andenken!

Vereinsteil.

Bekanntmachung.

Ausgeschlossen wurde das Mitglied Ludwig Schiel, Buchn. 47679, auf Grund des Statuts nach § 7 Absatz c durch die Filiale Frankfurt a. M.; das Mitglied Willy Steuber, Buchn. 47984, durch die Filiale Straßburg auf Grund des § 7 Absatz c.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen: Ertorf, Wilh., Buchn. 57063, bez. bis 13. Woche 09 (Hamburg); Polster, Georg, Buchn. 33214, bez. bis 15. Woche 09 (Münsterberg); Richeziol, Gust., Buchn. 24127, bez. bis 21. Woche 09 (Dresden); Wisnott, Aug., Buchn. 28727, bez. bis 13. Woche 09 (Bremen).

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkassa vom 29. Juni bis 5. Juli.

Eingekammt wurde für die Hauptkassa: Mey 200, Wilhelmshaven 400, Embden 170, Greiz 100, Bremen 800, Chemnitz 600, Strowo 15, Rostock 200,55, Oberstein 54,43, Bunzlau 15,20, Falkenstein 79,75, Coblenz 50, Königshütte 20, Meerane 135,70, Crefeld 550, Magdeburg 200, Serne 40,40, Guben 237,30, Flachen 300, Regensburg 118,58, Dessau 486,30, Mannheim 797 M.

Für den Ver.-Anz.: Wroja 3, Nürth 2, Stettowitz 2, Regensburg 3, Mannheim 3 M.

Die Filialverwaltungen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Einnahmen des 2. Quartals mit dem 19. Juli geschlossen werden. Alle Gelder, welche noch im 2. Quartal verrechnet werden sollen, müssen also bis zu diesem Datum bei der Hauptkassa eingekammt sein.

S. Wentker, Kassierer.

Zentral-Franken- und Sterbetafel der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

Bericht des Hauptkassierers vom 27. Juni bis 3. Juli. Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingekammt von Ranne-Bremen 200 M.; Inkermann-Dresden 200 M.; Börner-Frankfurt 100 M.; Schmid-Niel 400 M.; Linat-Steglich 300 M.; Buchholz-Blankenese 100 M.; Marhauer-Hamburg a. E. 100 M.; Behrens-Hamburg-Eimsbüttel 250 M.; Albrecht-Bernau 75 M.; Kröfel-Nordhausen 100 M.; Fischer-Sprozheim 100 M.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgekammt an Thomen-Münsterberg 300 M.; Holl-Wiesbaden 100 Mark.

Krankengelder erhielten Buchn. 14054, D. Brint in Neustadtgödens, 27 M.; Buchn. 22460, F. F. Schäder in Worms, 13,50 M.; Buchn. 30954, H. Greil in Breslau, 22,50 M.; Buchn. 16321, E. Laack in Bad Nauheim, 6,75 M.; Buchn. 24806, Th. Mühlfried in Breslau, 27 M.; Buchn. 14054, H. Blieschau in Gredenz, 13,50 M.

S. S. Vulle, Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17.

Anzeigen.

Filiale Eisenach. Unser Verkehrslokal befindet sich jetzt im Restaurant „Loreley“ Alexanderstraße. (M. 1,60)

Der Maler Heinrich Pommerin, geboren am 23. Juli 1883 event. 1884 zu Bremen-Hafstedt, wird dringend ersucht, seinen jetzigen Aufenthalt an untenstehende Adresse gelangen zu lassen. Willy Pommerin, Biseleur Bremen-Hafstedt, Alter Postweg 192.

Maler-Geschäft

Gut florierendes Malergeschäft nebst Wohnhaus ist in einer größeren Stadt Holsteins wegen Krankheit des Besitzers unter sehr günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen. Offerten unter A. B. 37 an die Exp. d. Bl.

Maler-Mäntel und -Hosen

fertigt aus ausprobierten Qualitäten mit Umlege- und Stehkragen, schrägen und gleichen Taschen. Die Verunsicherung-Spezialfabrik von Emil Hohlfeldt, Dresden-N., Ritterstr. 2-4. NB. Der Versand geschieht portofrei nach allen Orten. Verlangen Sie Preisliste frei Haus.

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.— Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc. hP. Brühl, Dessau i. Westf.

Zum Selbst-Unterricht!

Neue Holz- und Marmormalereien. Serie I Holzmalereien 3. Auflage Mk. 18,00 | Druckfläche 32x48 cm. Serie II Marmormalereien 2. Auflage Mk. 15,00 | Beide Mk. 32,00. Forenrollen per Paar (1 u. 2 1/2 Zoll) Mk. 6,00, einzelne 3 Zoll Mk. 4,50. Sämtliche Pinsel etc. für die Holz- und Marmormalerei! Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19. Spezialechule für Holz- und Marmormalerei. Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März. — Prospekte gratis und franko. —

Neuester Erfolg: Einer unserer Schüler erhielt nach 4 1/2-monatlichem Unterricht für seine Leistungen die Berechtigung zum einjährigen Dienst.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren. Prospekt über das rühmlichst bekannte

Mahlers Fondin

versendet gratis und franko Mahler & Co., Bamberg II.

Gold-Albfälle.

Kaufe zum höchsten Preis jeden großen und kleinen Posten Kehrholz, Goldwatte und Abkratzzold. Briefe oder Paketsendungen werden schnell erledigt. Um genaue Adressen wird geb. Max Haupt, Dresden, Blasewitzstr. 64.

Lager in prima Binseln,

Blasendürren, Leitern, Farbfässer, Lacken, Farben, Schablonen und Pausenpapier. Spezialgeschäft in vollständiger Einrichtung von Malerwerkstätten. Solche Ware bei billiger Berechnung.

D. Wurzel & Co., Berlin, Brückenstraße 18, I. P. Steet, Nürnberg, Obere Wörthstr. 18.

Rheinländische Berufskleidung

ist anerkannt die beste. Berlin N., Brunnenstraße 119. Eigene Fabrik. Verkauf zu Fabrikpreisen. Versand nach außerhalb.

Maler-Mittel

prima Messel 110 120 130 140 mit schrägen Taschen 2,25 2,50 2,50 2,75 M. extra schwerer Messel od. Körper m. Fallentischen 3.— 3,25 3,25 3,50 M. Dress-Hosen und Jacken Mk. 1,50, 2,45, 3,50.

Sommerskursus für Holz- und Marmor-Malerei

Dienstags und Freitags, abends 8—10 Uhr pr. Monat Mk. 5.— H. Muhs, Altona, Alsenplatz 1, II.

Im Verlage von M. Ernst in München erscheint alle 14 Tage der „Süddeutsche Postillon“

Humoristisch-satirisches Witzblatt. Groß 4° 8 seitig, reich und originell illust., schwarz und in prächtigen Farbendruck. Preis bro Nummer 10 Pf.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 27 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. Marx, Hamburg, Schmalenbeckerstraße 17. Verlag von S. Wentker, Hamburg 22. Druck von Friedrich Meher, Hamburg 28.